



FEINDINNEN UND FEINDE DER PRESSEFREIHEIT 2021

AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA

Isaias Afewerki
Geb. 2. Februar 1946

Eritrea, Rangliste der Pressefreiheit 2021: **Platz 180 von 180**

Präsident der Republik Eritrea seit 19. Mai 1993

Feind der Pressefreiheit seit 18. September 2001, seitdem hat er seine politischen Rivalen brutal ausgeschaltet, alle privaten Medien geschlossen und die Vertreter der freien Presse inhaftiert.

METHODE: paranoider Totalitarismus

Schon geringste Anzeichen von Dissens werden als Gefährdung der „nationalen Sicherheit“ angesehen. Es gibt keine Medien in Privatbesitz mehr, nur noch staatliche Medien mit einer stalinistischen Redaktionspolitik. Journalistinnen und Journalisten gelten als Feinde. Einige sind im Gefängnis gestorben, andere vegetieren dort seit 20 Jahren unter katastrophalen Bedingungen und ohne Kontakt zu ihrer Familie oder einem Anwalt vor sich hin. Nach Informationen, die RSF in den vergangenen 20 Jahren erhalten hat, werden Journalisten in unerträglicher Hitze ohne Zugang zu Wasser und medizinischer Versorgung in Containern gefangen gehalten und gefoltert. Im Gefängnis in Eiraeiro, wo die noch Inhaftierten vermutet werden, prangt über einem der Verhörräume der zynische Spruch: „Wenn Dir die Nachricht nicht gefällt, dann töte ihren Überbringer.“ Auf die Frage nach einem möglichen Verfahren oder der Freilassung des seit 2001 inhaftierten schwedisch-eritreischen Journalisten **Dawit Isaak** antwortete Präsident Afewerki 2009: „Wir wissen, wie wir mit ihm und Menschen wie ihm umzugehen haben und haben dafür unsere eigenen Methoden.“

BEVORZUGTE ZIELE: alle unabhängigen Stimmen

Wer von der offiziellen Linie abweicht oder versucht, über die Realität im Land zu berichten, wird systematisch verfolgt und mundtot gemacht. Es gibt keine unabhängigen Journalistinnen und Journalisten und Medien mehr. Diejenigen, die der Repression entkommen sind, haben das Land verlassen oder den Beruf gewechselt. Insgesamt sind Dutzende Medienschaffende in der Haft verstorben, haben Selbstmord begangen, werden vermisst oder sind ins Exil gegangen.

OFFIZIELLE LINIE: totale Leugnung

„Es hat nie inhaftierte Journalisten gegeben. Es gibt keine. Sie sind falsch informiert.“ (Interview mit *Al-Jazeera*, Mai 2008)

[auf die Frage nach der Wehrpflicht]: „Eine weitere Lüge. Sie setzen die Glaubwürdigkeit Ihres Medienunternehmens aufs Spiel, wenn sie hier mit einem Haufen Lügen aufkreuzen und versuchen, diese als Tatsachen hinzustellen und den Eindruck zu erwecken, es handele sich um Dinge aus der realen Welt.“ (Interview mit *Al-Jazeera*, Februar 2010)

Paul Biya
Geb. 3. Februar 1933

Kamerun, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 135 von 180

Präsident von Kamerun seit 6. November 1982

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODIK: weitverbreitete Repression

Unabhängige und regierungskritische Medien sind systematisch Drohungen und Repressalien ausgesetzt. Von den Festnahmen und Drohungen gegen die Pioniere der unabhängigen Presse in den 1980er Jahren bis hin zu den langen Haftzeiten und der harten strafrechtlichen Verfolgung der jüngsten Vergangenheit sind Journalistinnen und Journalisten weiter dem Zangengriff des Regimes ausgesetzt. Seit vier Jahrzehnten stehen Medienschaffende unter Druck. Wer kritische Meinungen vertritt und nicht zum Propaganda-Sprachrohr der Regierung werden will, bekommt die Folgen direkt zu spüren: Drohungen, Überwachung auf Schritt und Tritt, Abhöraktionen, Vorladungen, Festnahmen, lange Inhaftierungen. Diese organisierten Angriffe werden durch die rechtlichen Rahmenbedingungen noch verstärkt, die zu den repressivsten in Subsahara-Afrika gehören. Geltende Schutzbestimmungen wie die zeitliche Begrenzung von Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren werden regelmäßig umgangen. Oft wird auf das Antiterrorgesetz von 2014 zurückgegriffen, um Medienschaffende willkürlich in Haft zu nehmen. Journalistinnen und Journalisten gelten als unpatriotisch, wenn sie Kritik an Regierungsbehörden üben. Nach Aussage eines Regierungssprechers im Jahr 2017 besteht Pressefreiheit nur dann, wenn sie die Interessen und den Fortbestand der Regierung nicht gefährdet: *„Journalistinnen und Journalisten dürfen sagen, was sie wollen, solange dies im Einklang mit der Verteidigung unserer Institutionen, unseres Staates und unserer Regierung steht, die sich heute im Kriegszustand befindet.“*

BEVORZUGTE ZIELE: regierungskritische Journalistinnen und Journalisten

Zu den nicht linientreuen Journalisten, die den Zorn der Regierung auf sich gezogen haben, gehören der Gründer der Zeitung *Le Messenger* **Pius Njawé**, ein Pionier des unabhängigen Journalismus in Kamerun, und der ehemalige Generaldirektor des staatlichen Rundfunk- und Fernsehsenders *Cameroon Radio and Television (CRTV)*, **Amadou Vamouké**, der schon seit fünf Jahren in Untersuchungshaft sitzt. Besonders gefährdet sind Medienschaffende, die über heikle Themen wie den Kampf gegen den Terrorismus oder die Krise in den englischsprachigen Regionen berichten. Nach zweieinhalb Jahren willkürlicher Haft wurde der Korrespondent von *Radio France Internationale (RFI)* **Ahmed Abba**, der der *„Nichtanzeige eines Terroranschlags“* beschuldigt wurde, Ende 2017 freigelassen. Zwei Jahre später starb sein Kollege **Samuel Wazizi**, dem Komplizenschaft mit der Separatistenbewegung vorgeworfen wurde, nach mehrtägiger Militärhaft unter sehr verdächtigen Umständen.

OFFIZIELLE LINIE: Schweigen

Paul Biya hält insbesondere die nationalen Medien auf Abstand und gibt nur sehr selten Interviews.

Ismail Omar Guelleh
Geb. 27. November 1947

Dschibuti, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 176 von 180

Präsident von Dschibuti seit 8. Mai 1999

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODIK: totalitäre Diktatur

Die Regierung Dschibutis übt eine gnadenlose Kontrolle über die Informationsfreiheit aus. In dem kleinen Staat am Horn von Afrika ist nur eine Handvoll staatlicher Medien zugelassen, die die Propaganda und Kommunikation der Regierung verbreiten. Journalistinnen und Journalisten anderer Medien sind gezwungen, im Untergrund zu arbeiten, ins Exil zu gehen oder Repressalien zu erdulden. Freier Journalismus wird im Keim erstickt – und dies mit allen verfügbaren Mitteln: Verfolgung von Informationsquellen sowie Journalistinnen und Journalisten, die für ausländische Medien arbeiten, Festnahmen, Hausdurchsuchungen, gerichtliche Schikanen, Drohungen, Überwachung, bewusste Einschränkung des Internetzugangs, Störung des Radioempfangs, Zensur von Nachrichtenportalen usw. In einem Interview mit *Jeune Afrique* 2020 rechtfertigte Guelleh das völlige Fehlen unabhängiger Medien in seinem Land mit hohen Kosten und einem „reduzierten Markt“. Im Vergleich dazu gibt es auf den Seychellen, bei einem Zehntel der Bevölkerung von Dschibuti, einen Fernsehsender, zwei Rundfunkstationen und drei private Zeitungen. Der Grund für die Blockade ist also eher politischer als wirtschaftlicher Natur. Die im Gesetz zur Kommunikationsfreiheit von 1992 vorgesehene Kommission zur Vergabe von Medienlizenzen wurde nie geschaffen. Das Gesetz selbst ist ein ernsthaftes Hindernis für die Informationsfreiheit, da es Gefängnisstrafen für Pressevergehen sowie Altersbeschränkungen sowie Vorgaben zur Staatsangehörigkeit für die Gründung eines Medienunternehmens vorsieht.

BEVORZUGTE ZIELE: alle kritischen Stimmen

Journalistinnen und Journalisten, die Informationen an ausländische Medien weitergeben, sowie die Korrespondentinnen und Korrespondenten des Exilradiosenders *La Voix de Djibouti*, die mit lokalen Quellen und Reporterinnen und Reportern zusammenarbeiten, werden systematisch verfolgt und überwacht und regelmäßig festgenommen.

OFFIZIELLE LINIE: hohle Floskeln

„Die Korrespondenten, von denen Sie sprechen, sind keine richtigen Journalisten, sondern ganz normale Leute, die kaum lesen und schreiben können und dies als Tarnung benutzen. Im Übrigen haben wir niemanden eingesperrt.“ (Ismail Omar Guelleh im November 2020 in einem Interview mit *Jeune Afrique* über die Journalisten von *La Voix de Djibouti*)

Paul Kagame
Geb. 23. Oktober 1957

Ruanda, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 156 von 180

Präsident von Ruanda seit 2000 (nach dem Völkermord 1994 zum Vizepräsidenten ernannt). Seit einer Verfassungsänderung im Jahr 2015 kann er theoretisch bis 2034 an der Macht bleiben.

Feind der Pressefreiheit, seitdem er Führungspositionen innehat

METHODIK: Herrschaft der Angst

Seit seinem Amtsantritt benutzt Paul Kagame die Erinnerung an den Völkermord von 1994 und das damalige Schüren von Rassenhass durch Medien wie *Radio Mille Collines*, um eine strenge Kontrolle von Journalistinnen und Journalisten sowie Medien in Ruanda zu rechtfertigen. Fast 30 Jahre später ist Zensur noch immer die Regel und Selbstzensur an der Tagesordnung, wenn Medienschaffende nicht in die Schusslinie der Regierung geraten wollen. Die strafrechtliche Verfolgung wegen „*Beleidigung des Staatspräsidenten*“ dient in vielen Fällen als Vorwand, um die Presse mundtot zu machen.

Kagame wird verdächtigt, in den Mord an **Jean-Léonard Rugambage** verwickelt zu sein, den stellvertretenden Chefredakteur der Wochenzeitung *Umuwugizi*, der erschossen wurde, als er über den Geheimdienst Ruandas und dessen Attentatsversuch auf einen im südafrikanischen Exil lebenden General recherchierte.

Die Regierung stützt sich bei der Jagd auf Journalistinnen und Journalisten auf den Geheimdienst und ihre Informantinnen und Informanten unter der einheimischen Bevölkerung. Medienschaffende werden verfolgt, abgehört und regelmäßig online durch Regierungstrolche angegriffen. Das hat die meisten ihrer Quellen zum Schweigen gebracht, da diese ebenfalls Repressalien befürchten. Zum heutigen Zeitpunkt gibt es kein einziges nationales privates Presseorgan mehr im Land.

BEVORZUGTE ZIELE: unabhängige Journalistinnen und Journalisten

Medienschaffende, die offene Kritik an dem Präsidenten oder dem Regime üben, die Entwicklungsfortschritte des Landes hinterfragen oder die Ermordung der Hutu durch die regierende Ruandische Patriotische Front (RPF) ansprechen, sind Angriffen der Staatsmacht ausgesetzt. Nach Informationen von RSF wurden seit 1996 acht Medienschaffende getötet oder gelten als vermisst, ein Dutzend wurde zu langen Freiheitsstrafen verurteilt und mehr als dreißig wurden ins Exil gezwungen.

OFFIZIELLE LINIE: gespielte Gleichgültigkeit

„Wenn ich höre, wie einige Ihrer Journalistenkollegen ihre Urteile und Ratschläge mit einer Autorität abgeben, die im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Sachkenntnis steht, muss ich mich schon wundern.“ (Interview mit *Jeune Afrique*, 2018)

„Meinungsfreiheit? Pressefreiheit? Manche haben nichts anderes zu tun, als Tag für Tag die Leute zu beschimpfen! Mich jeden Tag zu beschimpfen! Aber das ist mir egal. In Karikaturen werde ich mit Hitler verglichen – ich ignoriere sie, das tangiert mich überhaupt nicht. Ich verachte sie alle.“ (Rede bei einer Gedenkfeier zum 16. Jahrestag des Völkermords, 8. April 2010)

Salva Kiir
Geb. 13. September 1951

Südsudan, Rangliste der Pressefreiheit 2021: **Platz 139 von 180**

Erster und einziger **Präsident des Südsudan** seit der Unabhängigkeit des Landes 2011

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODIK: Zensur und massive Repression

Der Südsudan ist eines der journalistenfeindlichsten Länder Afrikas und eines der gefährlichsten für Medienschaffende. Seit seiner Gründung 2011 wurde ein Dutzend Reporter getötet oder ermordet, ohne dass die Täter strafrechtlich belangt wurden. Die im Land arbeitenden Journalistinnen und Journalisten sind nicht nur schwierigen Sicherheitsbedingungen, sondern auch Zensur und Schikanen ausgesetzt. Der Sicherheitsapparat wird in hohem Maße genutzt, um sie an der Arbeit zu hindern und sie dabei zu überwachen. Dabei werden Redaktionen unterwandert, Zeitungsausgaben in der Druckerei beschlagnahmt, Journalistinnen und Journalisten willkürlich festgenommen oder in Isolationshaft gehalten. Mehrere Medienschaffende mussten aufgrund des Klimas der Angst aus ihrem Land fliehen. Diese Methoden werden direkt vom Präsidenten gefördert und gutgeheißen, der nicht davor zurückgeschreckt ist, seinen Interessen entgegenstehende Medienschaffende mit dem Tod zu drohen.

BEVORZUGTE ZIELE: unabhängige Journalistinnen und Journalisten

Journalisten riskieren ihre Freiheit und körperliche Unversehrtheit, wenn nicht gar ihr Leben, wenn sie über Themen berichten wie schlechte Regierungsführung, Übergriffe der Sicherheitskräfte, die katastrophalen humanitären und wirtschaftlichen Folgen des 2013 ausgebrochenen Bürgerkrieges, die politische Situation oder Auseinandersetzungen mit dem Erzrivalen des Präsidenten, Riek Machar, der 2020 zum dritten Mal als Vizepräsident eingesetzt wurde. Zu den Opfern dieser Attacken gehören der 2015 in der Nähe seiner Wohnung ermordete Journalist **Peter Moi** und der bei Gefechten während des Bürgerkrieges 2017 getötete amerikanisch-britische Kriegsreporter **Christopher Allen**. Die Behörden hatten ihn als „weißen Rebellen“ bezeichnet und stellten nie ernsthafte Ermittlungen an, um die Verantwortlichen zu identifizieren.

OFFIZIELLE LINIE: direkte Drohungen

„Freiheit der Presse heißt nicht, gegen das eigene Land zu arbeiten. Wenn irgendjemand [unter den Journalistinnen und Journalisten] nicht weiß, dass dieses Land Menschen getötet hat, dem werden wir das eines Tages demonstrieren.“ (Pressekonferenz, 16. August 2015)

Yoweri Museveni
Geb. 15. August 1944

Uganda, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 125 von 180

Präsident seit 1986, eines der dienstältesten Staatsoberhäupter Afrikas und der Welt. Nach einem von Polizeiübergriffen insbesondere gegen Journalisten überschatteten Wahlkampf wurde er 2021 für eine sechste Amtszeit wiedergewählt.

Feind der Pressefreiheit seit Mitte der 1990er Jahre

METHODIK: Hassrede und Schikanen

Yoweri Museveni nutzt oft Beleidigungen, Drohungen und üble Nachrede, um Medienschaffende oder Medien anzugreifen, die ihn oder seinen autoritären Führungsstil kritisieren. Journalistinnen und Journalisten sind für ihn „*Parasiten*“ oder „*Staatsfeinde*“, die er als „*dumm*“ oder „*teuflisch*“ bezeichnet. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem ruandischen Amtskollegen Paul Kagame stempelte er Medienschaffende 2018 als „*Gerüchtemacher*“ ab, die „*immer etwas zu essen brauchen*“. Die verbalen Angriffe von Museveni dienen den Sicherheitsdiensten, die regelmäßig gegen Journalistinnen und Journalisten vorgehen, als Blankovollmacht: Gewalt, Zerstörung der journalistischen Ausrüstung und willkürliche Festnahmen sind an der Tagesordnung, ebenso wie Zensur. Das Internet wird regelmäßig abgeschaltet, soziale Medien werden durch eine Brigade von Polizeibeamten und IT-Spezialisten streng überwacht. Hinzu kommen wirtschaftliche, administrative und gerichtliche Schikanen. Inhaberinnen und Inhaber von Social-Media-Konten müssen seit 2018 eine tägliche Gebühr zahlen; zudem wird Druck auf private Werbekundinnen und -kunden ausgeübt, damit sie keine Anzeigen bei kritischen Medien schalten. Entsprechende Medien werden manchmal willkürlich vorübergehend geschlossen oder verklagt, um sie mundtot zu machen.

BEVORZUGTE ZIELE: unabhängige Medienschaffende und Medien

Unabhängige Journalistinnen und Journalisten sowie Medien im In- und Ausland geraten ins Visier, wenn sie heikle Themen wie den Autoritarismus des Regimes, die Opposition, die wirtschaftlichen Probleme des Landes, Menschenrechtsverletzungen, die schlechte Regierungsführung, Korruption oder die Übergriffe der Sicherheitskräfte ansprechen.

OFFIZIELLE LINIE: Beleidigung und Verachtung

„Wir respektieren die Pressefreiheit, aber Sie müssen schon zugeben, dass die Medien, vor allem westliche Medien, arrogant sind. (...) Sie kommen und zwingen unserer Gesellschaft ihre Unwissenheit auf. Hier liegt genau das Problem. Wie soll man denn mit diesen arroganten Ignoranten umgehen?“ (Interview mit NPR, 12. Januar 2021)

Teodoro Obiang Nguema

Geb. 5. Juni 1942

Äquatorialguinea, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 164 von 180

Teodoro Obiang Nguema **kam 1979 durch einen Putsch an die Macht**. Mit einer Regierungszeit von über vier Jahrzehnten ist er derzeit der **dienstälteste Präsident der Welt**.

Feind der Pressefreiheit seit mehr als vier Jahrzehnten

METHODIK: totalitäre Diktatur

Seit seiner Machtübernahme vor über 40 Jahren regiert Teodoro Obiang Nguema die Republik Äquatorialguinea mit eiserner Hand. In dem kleinen Ölstaat am Golf von Guinea, der auch das „Kuwait Afrikas“ genannt wird, wurde die Presse durch drakonische und überholte Gesetze mundtot gemacht, da es praktisch unmöglich ist, Kritik am Präsidenten und seiner Politik zu üben. Die Medienlandschaft ist fast ausschließlich auf staatliche Medien beschränkt, die mit der Verbreitung von Regierungspropaganda beauftragt sind. Es gibt keinen einzigen Auslandskorrespondenten, und die Regierung erkennt unabhängige Medien nicht an. Der einzige private Fernsehsender des Landes, *ASONGA TV*, gehört dem Sohn des Präsidenten, der gleichzeitig Vizepräsident des Landes ist. Der Sender unterliegt einer strengen Zensur. Journalistinnen und Journalisten, die eine rote Linie überschreiten, werden festgenommen oder von der Arbeit suspendiert, wie sieben Medienschaffende, denen 2020 vorgeworfen wurde, über Militärgewalt während des Corona-Lockdowns berichtet zu haben. 2017 gab die Regierung die Anweisung, die Exemplare einer Wochenzeitung aus dem Verkehr zu ziehen und zu verbrennen, die auf Schikanen gegenüber Journalistinnen und Journalisten des Landes aufmerksam gemacht hatte. Die Glaubwürdigkeit sozialer Medien, die die einzige brauchbare Alternative der Informationsbeschaffung darstellen, wird seit jüngstem durch eine Regierungskampagne untergraben.

BEVORZUGTE ZIELE: kritische Stimmen

Journalistinnen und Journalisten, die es trotz der geringen Möglichkeiten einer unabhängigen Berichterstattung wagen, den Präsidenten, seine Familie, Sicherheitskräfte, Korruption oder den autoritären Regierungsstil zu kritisieren, werden systematisch festgenommen, von der Arbeit suspendiert oder entlassen. Außer bei in Äquatorialguinea ausgetragenen Sportwettkämpfen oder anderen seltenen Veranstaltungen werden Akkreditierungsanträge ausländischer Journalistinnen und Journalisten grundsätzlich abgelehnt.

OFFIZIELLE LINIE: Heuchelei

„Dieses Land ist nicht das, von dem man in internationalen Medien liest. (...) Die meisten gegen mich oder mein Land gerichteten kritischen Äußerungen entbehren jeglicher Grundlage. Unsere Türen stehen den Medien und allen Gruppen offen. (...) Sie sollten kommen und sich selbst ein Bild machen.“ (Teodoro Obiang Nguema in einem Interview mit *Africa Watch*, September 2012)

ASIEN-PAZIFIK

Rodrigo Duterte
Geb. 28. März 1945

Philippinen, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 138 von 180

Präsident der Republik der Philippinen seit 30. Juni 2016

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODIK: „totaler Krieg“ gegen unabhängige Medien

Nach seiner Wahl zum Bürgermeister der Stadt Davao im Süden der Philippinen im Jahr 1988 entwickelte Rodrigo Duterte unter dem Vorwand der Verbrechensbekämpfung einen Führungsstil, der sich wenig um Rechtsstaatlichkeit schert. Lokale Medien wurden schnell zu Kollateralopfern seines brutalen Regierungsstils, der keine differenzierte Berichterstattung geschweige denn Kritik an seiner Politik duldet. Seine offen populistische Rhetorik – er gab sich selbst den Spitznamen „Punisher“ (Bestrafer) – verhalf ihm 2016 zu seinem Sieg bei den Präsidentenwahlen. Seitdem hat seine Präsidentschaft die Schwächen des demokratischen Systems des Landes offenbart. Die Exekutive hat eine enorme Macht, die sich auf den Präsidenten konzentriert. Richter, die nicht auf seiner Linie liegen, werden aufs Abstellgleis geschoben, während der Kongress als eine Art Rumpfparlament alle Entscheidungen des Präsidenten billigt. Mit Unterstützung des größten Teils der Privatwirtschaft kann Duterte seine Linie leicht den Medien aufzwingen, da diese im Besitz ihm nahestehender Unternehmen sind. Unabhängige Medien haben die Rolle der Opposition übernommen, mit allen damit verbundenen Risiken. Aufgrund geheimer Absprachen auf allen Ebenen des Staatsapparats verfügt Duterte über ein Arsenal, mit dem er einen „totalen Krieg“ gegen Medienschaffende führen kann. Dieses umfasst fingierte Verleumdungsklagen, fingierte Anklagen wegen Steuerhinterziehung oder der Verletzung der Kapitalgesetze, den Entzug von Sendelizenzen, den Kauf von Medienunternehmen durch seine Verbündeten und die Gleichschaltung ihrer Redaktionen sowie den Einsatz einer Armee von Trollen, um Journalistinnen und Journalisten online zu beleidigen und zu bedrohen.

BEVORZUGTE ZIELE: die letzten Überreste von Opposition

Einige wenige Medien haben versucht, über Dutertes autoritäre Exzesse zu berichten. Im März 2017 warnte sie der aufgebrachte Präsident: *„Ich drohe ihnen nicht, aber eines Tages wird ihr Karma sie einholen.“* Zu diesen Medien gehörte auch die führende Zeitung des Landes, der *Philippine Daily Inquirer*, der ein Jahr später aufgekauft und dessen Journalistinnen und Journalisten auf Linie gebracht wurden. Das nächste Ziel war das führende Rundfunk- und TV-Netzwerk des Landes, *ABS-CBN*. Im Juli 2020 besiegelte der stets willfährige Kongress das Schicksal des Senders, indem er ihm die Lizenz entzog. Inzwischen wird die letzte Bastion der Pressefreiheit ins Visier genommen – das Nachrichtenportal *Rappler* und dessen Geschäftsführerin **Maria Ressa**. Sie wird systematisch mit Klagen von Dutertes Verbündeten überzogen, insgesamt drohen ihr nicht weniger als 100 Jahre Gefängnis.

OFFIZIELLE LINIE: Beleidigungen

„Nur weil du ein Journalist bist, bist du nicht davor geschützt, erschossen zu werden, wenn du ein Hurensohn bist.“ (bei seiner Amtseinführung am 30. Juni 2016)

Hun Sen
Geb. 5. August 1952

Kambodscha, Rangliste der Pressefreiheit 2021: 144 von 180

Ministerpräsident des Königreichs Kambodscha seit 14. Januar 1985
(„Zweiter Ministerpräsident“ von 1993 bis 1998)

Feind der Pressefreiheit seit 2016

METHODIK: Sabotage

Der unerschütterliche Ministerpräsident Hun Sen, der seit über 30 Jahren an der Macht ist, hat nach und nach erbarmungslos die im Friedensvertrag von 1991 ursprünglich garantierte Pressefreiheit ruiniert, bis es kaum noch Raum für sie gab. Unter dem Deckmantel der Demokratie baute er ein System auf, das sich durch weit verbreitete Korruption auszeichnet und in dem die wirtschaftliche und politische Macht verschleiert in den Händen einer kleinen Gruppe von Personen konzentriert ist – die ganz sicher nicht will, dass zu neugierige Journalistinnen und Journalisten Untersuchungen über ihre Geschäfte anstellen. Im Sommer 2017, ein Jahr vor den allgemeinen Wahlen, bemerkte der Ministerpräsident, dass ihm die Macht zu entgleiten schien, und befürchtete eine Wahlniederlage. Deshalb arbeitete er einen sorgfältigen Plan zur Unterdrückung der unabhängigen Presse aus. Zu diesem Zweck traf seine Regierung ein ganzes Arsenal an Vorkehrungen, um alle unabhängigen Medien zu verbieten, zu behindern und einzuschüchtern. In nur einem Monat wurden nicht weniger als 30 Presseorgane gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen. Einige Medienschaffende sitzen wegen vollkommen aus der Luft gegriffener Anschuldigungen im Gefängnis. Gleichzeitig sorgte das „System Hun Sen“ für die Vollendung eines perfekten Propagandaapparats, und zwar dank des Würgegriffs, in den seine Verbündeten die Massenmedien nahmen, insbesondere durch die Multimedia-Agentur *Fresh News*, die Quelle regierungsfreundlicher Desinformationen. Anfang 2021 hat Hun Sen seine Vernichtung der kambodschanischen Presse beendet und die letzten, online überlebenden Presseorgane angegriffen. Die Einführung einer „Great Digital Wall“, die noch im Aufbau ist, ermöglicht seiner Regierung einen totalen Zugriff auf das Internet und die Kontrolle der abgerufenen Inhalte. Ganz nach dem Vorbild des autoritären Chinas ist diese Waffe gefürchtet.

BEVORZUGTE ZIELE: die letzten Verteidigerinnen und Verteidiger der Khmer-Demokratie

Nach dem Altraum des Regimes der Roten Khmer spielte die Presse seit den 1990er Jahren eine grundlegende Rolle bei der Errichtung der Demokratie in Kambodscha. Die früheren Moderatoren der Pressefreiheit stehen heute unter Beschuss des Hun-Sen-Clans. Die *Cambodia Daily*, die älteste zweisprachige (khmerisch-englischsprachige) Tageszeitung des Landes, wurde 2017 zur Aufgabe gezwungen, nachdem die Regierung von ihr plötzlich die schwindelerregende Summe von umgerechnet 5,5 Millionen Euro verlangte. Im gleichen Zeitraum mussten über 30 Radiosender die Ausstrahlung ihrer Nachrichtenprogramme einstellen. Einige Monate später leitete die Übernahme der *Phnom Penh Post*, des letzten unabhängigen Presseorgans des Landes, durch einen dem Ministerpräsidenten nahestehenden Magnaten das Ende der unabhängigen Presse ein. Heute gibt es nur noch einige verstreute „Kämpfer“, wie den kambodschanischen Journalistenverband (CamboJA), die mehr schlecht als recht den Kampf für die Pressefreiheit weiterführen.

OFFIZIELLE LINIE: Bedrohung (vor der Hinrichtung)

„Ihr zwei da, die ihr für Radio Free Asia und die Cambodia Daily arbeitet. Ihr seid immer gegen mich. ... Schreibt die Dinge richtig. Oder ihr werdet euch noch umschaun.“ (Hun Sen gegenüber zwei Journalisten im Mai 2017. Beide Medien mussten vier Monate später schließen.)

Imran Khan
Geb. 5. Oktober 1952

Pakistan, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 145 von 180

Premierminister der Islamischen Republik Pakistan seit 18. August 2018

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODE: der Mann der Schatten

Imran Khan weiß sich in Pose zu setzen. Der ehemalige Star der Cricket-Nationalmannschaft, bekannter Jetsetter auf den Abendveranstaltungen der Reichen und Schönen in den europäischen Hauptstädten, hat eine Weile seine Zeit mit philanthropischen Tätigkeiten verbracht, bevor er sich in den 1990er Jahren in die Politik begeben hat. Lange Jahre konnte sich seine Partei kaum über Wasser halten. Das änderte sich jedoch mit der Legislaturperiode ab 2018: Im Schatten des Kandidaten Khan kam es zu einer Wiederherstellung des „Staates im Staat“, ein Euphemismus, der in Pakistan einen stetigen Einfluss der Armee und des gefürchteten zentralen Geheimdienstes (Inter-Services Intelligence, ISI) auf die Zivilbehörden bezeichnet. Mit seiner Ideologie aus Populismus und religiösem Konservatismus schien Imran Khan als der ideale Kandidat, um auf dem politischen Parkett eine gute Figur zu machen, ohne die Allmacht der Armee in Frage zu stellen. Im Rampenlicht steht Khan und profiliert sich über regierungstreue Medien, soziale Netzwerke und Auseinandersetzungen um das Blasphemie-Gesetz. Im Hintergrund aber steht das militärische Establishment, das keine Einmischung in seine Angelegenheiten duldet und jede Form der Ausübung eines unabhängigen Journalismus unterdrückt. Seit Khans Amtsantritt häufen sich Fälle schamloser Zensur: Unterbrechung des Vertriebs von Zeitungen, Erpressung bei Werbeanzeigen, Störung der Sendesignale von Fernsehsendern usw. Medienschaffende, die eine rote Linie überschreiten, werden häufig entführt, gefoltert, bedroht. De facto hat Khan im Schatten der zivilen Macht klammheimlich die schlimmsten Phasen der Militärdiktatur in der Geschichte Pakistans reaktiviert.

BEVORZUGTE ZIELE: Nieder mit den Kritikern!

„Hören Sie auf, über Themen zu berichten, die uns verärgern, oder Ihre Familie wird Sie nicht lebend wiedersehen.“ Das ist im Wesentlichen die Nachricht, die zahlreichen Medienschaffenden sowie Bloggerinnen und Bloggern übermittelt wird, die seit Khans Amtsübernahme das Ziel von Entführungen und Todesdrohungen gegen sich selbst oder ihre Familien geworden sind. Selbst die, die sich aus Sicherheitsgründen für ein Leben im Exil entschieden haben, sind Einschüchterungsversuchen ausgesetzt, die bis zu körperlichen Angriffen auf ausländischem Boden gehen können. Der virtuelle Raum, der letzte Ort für freie Nachrichtenübermittlung, wird von Khans Regierung durch immer freiheitsfeindlichere Zensurmaßnahmen eingeschränkt. Im Internet rücken Armeen von Trollen alle Journalisten und Bloggerinnen, die es wagen, Kritik zu äußern, ins Blickfeld der Öffentlichkeit und bedrohen sie.

OFFIZIELLE LINIE: kein Sinn für Humor

„Pakistan hat die freiheitlichste Presse der Welt. (...) Zu behaupten, es gäbe Einschränkungen der pakistanischen Presse, ist ein Witz.“ (Pressekonferenz im Juli 2019 in Washington, einige Stunden, nachdem der wichtigste pakistanische TV-Sender, Geo TV, abgeschaltet wurde)

Kim Jong-un
Geb. 8. Januar 1984

Demokratische Volksrepublik Korea,
Rangliste der Pressefreiheit 2021: **Platz 179 von 180**

Oberster Führer Nordkoreas seit 17. Dezember 2011

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODE: totalitäre Überwachung, Massenpropaganda und Todesstrafe

Kim Jong-un, jüngster Sohn und Nachfolger des verstorbenen Diktators Kim Jong-il, ist der oberste Führer eines totalitären Regimes, dessen Macht auf Überwachung, Repression, Zensur und Propaganda gründet. Kim verhöhnt regelmäßig Artikel 67 der Verfassung des Landes, der die Pressefreiheit festschreibt, und erlaubt Medien ausschließlich die Vermittlung von Inhalten, die die Partei, das Militär und seine Person verherrlichen. Um die Bevölkerung des Landes weiter vollständig vom Rest der Welt abzuschotten, werden Medienschaffende verhaftet, deportiert, in Zwangsarbeitslager geschickt und getötet. Den wenigen ausländischen Reporterinnen und Reportern, die das Land besuchen dürfen, ist es strengstens untersagt, mit den Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen. Sie werden auf Schritt und Tritt von den Behörden verfolgt, was Nordkorea zu einem der am wenigsten besuchten Ziele für Journalistinnen und Journalisten weltweit macht. Die Einwohnerinnen und Einwohner des Landes haben keinen anderen Zugang zu Nachrichten als den über die Zentrale Nachrichtenagentur (KCNA), das Propagandaorgan des Regimes, und können zu lebenslanger Haft in einem Konzentrationslager verurteilt werden, wenn sie sich Informationen aus dem Ausland ansehen oder anhören; außerdem droht jedem, der beim Import großer Mengen von Inhalten erlappt wird, die Todesstrafe.

BEVORZUGTE ZIELE: ausländische Medienschaffende

Ausländische Medien, die im Land präsent sind, werden streng überwacht, sodass eine unabhängige Berichterstattung nahezu unmöglich ist. Ausländische Journalistinnen und Journalisten, denen die Einreise nach Nordkorea gelingt, müssen sich auf Schikanen der Regierung einstellen. **Rupert Wingfield-Hayes**, ein britischer *BBC*-Journalist, wurde im Mai 2016 verhaftet und des Landes verwiesen, weil er „das System der Demokratischen Volksrepublik Korea angegriffen“ und „keinen objektiven Journalismus“ betrieben habe. 2017 wurden vier südkoreanische Journalisten vom obersten Gericht Nordkoreas in Abwesenheit zum Tode verurteilt, nachdem sie eine positive Kritik des regimekritischen Buchs *North Korean Confidential* veröffentlicht hatten.

OFFIZIELLE LINIE: totalitäre Kontrolle

„Die Propaganda-Funktionäre müssen zu furchtlosen Eiferern werden, die unermüdlich arbeiten, bis das Volk die Politik der Partei vollständig versteht und bis die Projekte ihrer Einheiten die von der Partei gewünschte Höhe erreichen. Wir brauchen Propagandisten und Mobilisierer, die die Flammen weitertragen.“ (Kim Jong-un in einem Brief an die Propaganda-Funktionäre, 9. März 2019)

Carrie Lam
Geb. 13. Mai 1957

Hongkong, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 80 von 180

Regierungschefin der Sonderverwaltungszone Hongkong der Volksrepublik China seit 2017
Vorsitzende des Ausschusses zur Wahrung der nationalen Sicherheit seit 2020

Feindin der Pressefreiheit seit 2019

METHODIK: Prügel und freiheitsfeindliches Gesetz

Als Carrie Lam 2017 den Posten der Regierungschefin von Hongkong erhielt und die Pressekonferenzen der Regierung für unabhängige Online-Medien öffnete, ließ dies auf positive Änderungen für die Pressefreiheit hoffen. Leider wartete Lam nicht lange, bevor sie ihr wahres Gesicht zeigte: Sie ist eine Marionette des chinesischen Präsidenten Xi Jinping und hört nicht auf, die freiheitsfeindliche Politik unter dem Mäntelchen des „Patriotismus“ zu verteidigen. Ihr Gesetzentwurf, der unter anderem die Auslieferung von missliebigen Journalistinnen und Journalisten an Peking ermöglicht hätte, war der Ursprung von Massendemonstrationen im Jahr 2019. Bei diesen Kundgebungen bekamen zahlreiche Journalistinnen und Journalisten körperliche Gewalt durch die Polizei zu spüren, wovon Lam nichts gewusst haben will. Die Regierungschefin ließ sich anschließend im Juni 2020 vom chinesischen Regime für die Verabschiedung des Gesetzes zur nationalen Sicherheit feiern, das es diesem Regime ermöglicht, direkt in Hongkong einzugreifen, um willkürlich all jene zu bestrafen, die es für „Terrorismus“, „Sezession“, „Subversion“ und „ausländische Einmischung“ verantwortlich macht. Die Kriminalisierung dieser Taten, die mit lebenslanger Haft und sogar der Todesstrafe geahndet werden können, öffnen Tür und Tor für willkürliche Verhaftungen und bedrohen insbesondere alle Medienschaffenden.

BEVORZUGTE ZIELE: öffentlich-rechtliche Sendeanstalten und unabhängige Medien

Carrie Lam attackiert immer wieder Symbole der Pressefreiheit in Hongkong. So hat sie die Tageszeitung *Apple Daily*, eines der letzten großen chinesischsprachigen Hongkonger Medien, die es wagten, das Pekinger Regime zu kritisieren, zur Schließung gezwungen, indem sie ihre Vermögenswerte einfrieren ließ. Lam ordnete ebenfalls gerichtliche Schikanen gegen **Jimmy Lai** an, den Gründer von *Apple Daily* und Träger des RSF Press Freedom Award 2020, und auch gegen die frühere Abgeordnete und Journalistin **Claudia Mo**. Beide wurden verhaftet und gemäß dem Gesetz zur nationalen Sicherheit angeklagt. Nachdem sie eine wahre Einschüchterungskampagne gegen den Sender *Radio Television Hong Kong (RTHK)* gestartet und einen neuen Programmdirektor ernannt hat, der ein internes Zensursystem einführen sollte, brachte sie die redaktionelle Einmischung auf ein nie dagewesenes Niveau: Sie führte ihre eigene Talkshow ein, die ab dem 28. April 2021 einen Monat lang täglich gesendet wurde.

OFFIZIELLE LINIE: besondere Ansichten zur Rolle von Journalisten

„Kritik an der Regierung von Hongkong zu üben ist kein Problem, aber wenn dahinter die Absicht steht, Aktionen zum Umsturz der Regierung zu organisieren, dann ist das natürlich etwas anderes. (...) Freunde der Medien sollten in der Lage sein, zwischen beidem zu unterscheiden.“ (Erklärung von Carrie Lam am 22. Juni 2021 anlässlich der Durchsuchung der Büroräume von *Apple Daily* und zur Pressefreiheit in der Stadt)

Lee Hsien Loong
Geb. 10. Februar 1952

Singapur, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 160 von 180

Premierminister von Singapur seit 12. August 2004

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODE: Selbstzensur und systematische Knebelung

Als Sohn von Premierminister Lee Kuan Yew, dem Gründer des Stadtstaates Singapur, hat Lee Hsien Loong das von seinem Vater geerbte Einparteienregime und seine Doktrin der „wohlwollenden Diktatur“ fortgesetzt, frei nach dem Motto „*Schlaft in Frieden, liebe Leute, eure Regierung denkt für euch.*“ Pressefreiheit hat in diesem System keinen Platz. Und um dieses System weiter zu stützen, hat Lee Hsien Loong einen gnadenlosen Apparat der Informationskontrolle entwickelt. Seine erste Waffe ist eine präventive: Alle Medien in Singapur sind im Besitz zweier großer Konzerne, deren Leitung von Lees Regierung direkt ernannt wird. Selbstzensur ist daher die Regel, wenn es um Themen geht, die ihn betreffen könnten. Eine zweite Waffe wird bei Bedarf im Nachhinein eingesetzt: Die von der Regierung kontrollierte Media Development Authority (MDA) kann jedweden journalistischen Inhalt zensieren und völlig willkürlich die Schließung von Medienunternehmen anordnen. Gleichzeitig verklagt Lee gerne ihm missliebige Bloggerinnen und Blogger. Er hat ein Heer von Anwältinnen und Anwälten, die sie wegen Verleumdung auf astronomische Summen verklagen und sie durch endlose Gerichtsverfahren zum Schweigen zu bringen versuchen. Mit dem „Anti-Fake-News-Gesetz“, das im November 2019 in Kraft trat, hat Lees Regierung ihren repressiven Machtapparat schließlich um ein weiteres Instrument ergänzt: In aller Bescheidenheit maßt sie sich an zu entscheiden, welche Nachrichten „wahr“ und welche „falsch“ sind.

BEVORZUGTE ZIELE: David (besiegt von Goliath)

Da sämtliche Print-, Radio-, TV- und Online-Medien unter der Kontrolle der Regierung stehen, versuchen nur wenige Nachrichtenseiten und Blogs – und dies auch nur mit Mühe –, die Bevölkerung mit zuverlässigen und unabhängigen Nachrichten und Informationen zu versorgen. Deren Administratoren sind regelmäßig Opfer von Klagen, die Lee Hsien Loong persönlich anstrengt. Im Mai 2021 musste der Blogger **Leong Sze Hian** eine Crowdfunding-Kampagne starten, um dem Premierminister die astronomische Summe von umgerechnet fast 165.000 Euro zu zahlen – nur, weil er einen Artikel über Korruptionfälle auf Facebook geteilt hatte. Der verantwortliche Redakteur der Webseite *The Online Citizen*, **Terry Xu**, muss seine Nächte mit dem Studium des singapurischen Strafrechts verbringen, weil er sich keine Anwälte leisten kann, die ihn gegen Lees Klagen verteidigen.

OFFIZIELLE LINIE: die „Ameisen“ zerquetschen

„*Wir haben gelernt, mit diesen Ameisenbissen zu leben.*“ (am 6. Oktober 2020 in Anspielung auf einen Blogger, den Lee auf umgerechnet 80.000 Euro verklagt hatte)

Min Aung Hlaing
Geb. 3. Juli 1956

Myanmar, Rangliste der Pressefreiheit 2021: 140 von 180

Vorsitzender des Staatsverwaltungsrates der Republik der Union von Myanmar
seit 1. Februar 2021

Feind der Pressefreiheit seit 2011

METHODIK: Terror

Zehn Jahre lang musste er die Füße stillhalten. Im Jahr 2011 wurde General Min Aung Hlaing Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Noch im selben Jahr löste sich die Junta, die Myanmar fast ein halbes Jahrhundert mit eiserner Hand regierte, selbst auf, und eine freie, dynamische Presse konnte sich entwickeln. Aber der Chef der Streitkräfte hat niemals aufgehört, die Medien inquisitorisch im Blick zu behalten und Zensur sowie Desinformation zu verbreiten. Nach dem Völkermord an den Rohingya im Jahr 2017 spielte Min Aung Hlaing bei der Verbreitung von Falschinformationen und Hassreden eine zentrale Rolle. Er nutzte sein Netzwerk bei der Polizei und den Gerichten, um jede unabhängige Information zu diesem Thema unter Zensur zu stellen. Angesichts des Einflusses von General Min auf die Politik und die Medien war der Putsch vom 1. Februar 2021 keine wirkliche Überraschung. Mit der Rückkehr des Militärs an die Macht fand sich Myanmar über Nacht in der gleichen Situation wieder wie unter der ehemaligen Junta, als Medienberichte vorab zensiert und Medienschaffende in geschlossenen Lastwagen abgeholt, gefoltert und in Hundekäfigen eingesperrt wurden. So hat sich das Regime von General Min seit Anfang 2021 in eine Spirale von Repressalien gegen die freie Presse verrannt, alle unabhängigen Medien geschlossen, Dutzende von Medienschaffenden ins Gefängnis gesteckt und eine drastische und absolute Kontrolle über sämtliche Nachrichten eingeführt. Der Terror ist zurück.

BEVORZUGTE ZIELE: Zeuginnen und Zeugen der Gräueltaten

Als Min Aung Hlaing nur Armeechef war, hatte er bereits seine zweifelhafte Macht demonstriert, die freie Presse zu unterdrücken. Der beispielhafteste Fall ist der zweier Journalisten von *Reuters*, **Wa Lone** und **Kyaw Soe Oo**, denen es gelungen war, Nachforschungen über das Massaker an den Rohingya im Jahr 2017 anzustellen. Sie zahlten einen hohen Preis dafür: Sie wurden Opfer einer politisch-juristischen Intrige und zu sieben Jahren Haft verurteilt, nur weil sie versucht hatten, ihre Arbeit zu machen. Dieses Urteil, das nur von einem Mann, General Min, gefällt wurde, trotz starker internationaler Missbilligung, hatte eine verheerende Wirkung auf den gesamten Berufsstand: Journalistinnen und Journalisten erkannten, was es sie kosten würde, wenn sie Themen aufgreifen, die von Min Aung Hlaing als unzulässig betrachtet werden. Dennoch gab es auch nach dem Putsch von 2021 Reporterinnen und Reporter, die heldenhaft handelten, als sie über Wochen über die Kundgebungen gegen die Junta berichteten. Sie waren die ersten Opfer seines schrecklichen Repressionsapparates, wurden verhaftet und gefoltert.

OFFIZIELLE LINIE: Verleugnung

„Die Medien (...) spielen eine wichtige Rolle bei der Stärkung der freien Meinungsäußerung für die Demokratie [und] weil durch eine informierte Bevölkerung die Transparenz der Regierung verbessert wird.“ (Pressemitteilung vom 3. Mai 2021, zwei Wochen, nachdem alle nicht kontrollierten Presseorgane von der Verwaltung von Min Aung Hlaing gezwungen wurden zu schließen)

Narendra Modi
Geb. 17. September 1950

Indien, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 142 von 180

Premierminister von Indien seit 26. Mai 2014

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODIK: Nationalpopulismus und Desinformation

Nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten von Gujarat 2001 nutzte Narendra Modi den westindischen Bundesstaat als Labor für sein System der Nachrichten- und Informationskontrolle, dessen Potenzial er nach seiner Wahl zum indischen Premierminister im Jahr 2014 voll entfaltete. Seine wichtigste Waffe besteht darin, die Mainstream-Medien mit Diskursen und Informationen zu überfluten, die seine national-populistische Ideologie legitimieren sollen. Zu diesem Zweck hat er enge Beziehungen zu den Großunternehmern des Landes aufgebaut, die riesige Medienimperien besitzen. Mit dieser perfiden Strategie verfolgt er ein doppeltes Ziel: Einerseits hat sich Modi bei den Medienmagnatinnen und -magnaten derart eingeschmeichelt, dass ihm eine wohlwollende Berichterstattung gewiss ist und Medienschaffende ihre Entlassung riskieren, wenn sie die Regierung kritisieren. Andererseits profitieren die kommerziellen Medien, die prominent über seine extrem spalterischen, stigmatisierenden und mit Falschinformationen gespickten Reden berichten, von Rekordeinschaltquoten. Modi bleibt nun nur noch eines: Er muss die Medien, Journalistinnen und Journalisten aus dem Weg schaffen, die seine aufwiegenden Methoden in Frage stellen. Dafür verfügt er über eine Reihe rechtlicher Instrumente, die eine große Gefahr für die Pressefreiheit darstellen: Journalistinnen und Journalisten riskieren zum Beispiel lebenslange Haft, wenn sie mit dem extrem vagen Vorwurf der Aufwiegelung belegt werden. Modi kann zudem auf eine Armee von Online-Trollen oder „Yodhas“ (das Hindi-Wort für „Krieger“) zählen, die in den sozialen Medien brutale Hasskampagnen gegen missliebige Journalisten führen. Diese schlagen fast systematisch in Mordaufrufe um.

BEVORZUGTE ZIELE: „Sickulars“ und „Presstituierte“

Die Journalistin **Gauri Lankesh**, die im September 2017 vor ihrem Haus von vier Kugeln durchlöchert wurde, ist das bekannteste Opfer der Hindutva, der Ideologie des Hindu-Nationalismus, die Narendra Modi täglich anpreist. Ganz allgemein werden sämtliche Journalistinnen, Journalisten und Medien, die die national-populistische Ideologie des Premierministers in Frage stellen, schnell als „sickulars“ (ein Kofferwort aus „sick“, krank, und „secular“, säkular) gebrandmarkt. Als solche stehen sie im Visier der „Bhakts“, der Modi-Anhänger, die sie vor Gericht verklagen, sie in den großen öffentlichen Medien diffamieren und gezielte Online-Attacken gegen sie steuern. Diese Angriffe sind noch weitaus virulenter, wenn sie sich gegen Journalistinnen richten, die als „Presstituierte“ abgestempelt werden: **Rana Ayyub** und **Barkha Dutt** zum Beispiel sahen sich Aufrufen zur Gruppenvergewaltigung ausgesetzt; um sie weiteren Schikanen auszusetzen, wurden ihre persönlichen Daten online veröffentlicht.

OFFIZIELLE LINIE: Medien versus Journalismus

„Heute haben die Journalisten ihre Masken fallenlassen; die Krise der Glaubwürdigkeit ist nicht die Schuld der Medien, sondern derjenigen, die dort arbeiten. Also hören Sie auf, auf uns herumzuhacken.“
(12. Mai 2019)

Nguyen Phu Trong
Geb. 14. April 1944

Vietnam, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 175 von 180

Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams seit 19. Januar 2011

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODIK: Klassischer Totalitarismus

Nguyen Phu Trong kennt sich im Journalismus – oder zumindest mit der vietnamesischen Variante von Journalismus – gut aus, weil er lange Jahre selbst Journalist war. Vietnam hat Tausende von Zeitungen, Magazinen, TV-Kanälen und Nachrichtenportalen, aber nur einen Chefredakteur, den Leiter der zentralen Propagandaabteilung der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV), der direkt dem Generalsekretär Nguyen Phu Trong untersteht. Trong ist ein klassischer Apparatschik, der sich in der Partei hocharbeitete, 2006 zum Vorsitzenden der Nationalversammlung und schließlich fünf Jahre später zum Chef des Politbüros wählen ließ. Der „Genosse Nguyen“ ist jedoch auch ein gefürchteter Taktiker, der mit machiavellistischen Methoden seine konservative Linie innerhalb des Einparteiensstaates durchsetzt und eine Urversion des Parteitotalitarismus verfolgt. Fachpublikationen, die traditionell die ideologischen und pragmatischen Debatten innerhalb der Partei widerspiegeln, wurden mit Beginn von Trongs zweiter fünfjähriger Amtszeit als Generalsekretär 2016 radikal in ihre Schranken verwiesen. Gleichzeitig hat Trong einen gnadenlosen Repressionsapparat installiert, um mit einer zunehmend robusten Zivilgesellschaft umzugehen, die insbesondere im Internet nach verlässlichen Informationen sucht. Zu diesem Zweck verfügt er über einen Polizei- und Justizapparat, der ihm zu Diensten steht. Um unabhängige Bloggerinnen und Journalisten zu verfolgen, nutzt er die Artikel des Strafgesetzbuchs, die unter anderem Strafen für Menschen vorsehen, die es wagen, „*demokratische Freiheiten zu missbrauchen.*“

BEVORZUGTE ZIELE: Menschen, die die Propaganda ablehnen

Das Internet als bevorzugter Ort für die Verbreitung unabhängiger Informationen und Meinungen, die von der Parteilinie abweichen, ist nun das zentrale Ziel der Angriffe von Nguyen Phu Trong – genauer gesagt von Force 47, einer Cyber-Troll-Einheit, die ihm untersteht. Die Hauptangriffsziele sind Blogger und Cyber-Dissidentinnen, die seit Anfang der 2010er Jahre viel im Internet posten und denen seit 2016 Massenverhaftungen und lange Haftstrafen drohen. Mehr als 30 von ihnen sind derzeit unter unwürdigen Bedingungen inhaftiert. Trongs Regime nimmt auch Journalistinnen und Journalisten ins Visier, die ihre Karriere wie er in den offiziellen Medien begannen, es aber im Gegensatz zu ihm nicht ertragen konnten, weiterhin die Propaganda des Politbüros nachzubeten, und sich stattdessen für eine freie Presse einsetzten. Mehrere von ihnen wurden seit 2020 im Zuge einer Verhaftungswelle festgenommen, darunter **Pham Doan Trang**, die 2019 mit dem RSF Press Freedom Award ausgezeichnet wurde.

OFFIZIELLE LINIE: Kampf dem Pluralismus

„*Unter meiner Leitung schwört das Zentralkomitee der Partei, entschieden den Kampf gegen den Ausdruck des politischen Pluralismus fortzusetzen*“ (Ansprache auf dem Kongress der KPV am 26. Januar 2021)

Prayut Chan-O-Cha

Geb. 21. März 1954

Thailand, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 137 von 180

„General-Premierminister“ des Königreichs Thailand seit 20. Mai 2014

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODIK: „Majestätsbeleidigung“ als Allzweckwaffe gegen jegliche Kritik

Seit General Prayut Chan-o-cha mit Unterstützung der Streitkräfte und der Monarchie 2014 einen Staatsstreich inszenierte und das Amt des Premierministers übernahm, hat er ein ausgeklügeltes System der Informationskontrolle installiert. Schon in den ersten Monaten etablierte er eine unerbittliche Schreckensherrschaft gegen alle, die sich kritisch äußerten und die fortan als Regierungsgegnerinnen und -gegner gebrandmarkt wurden. Noch vor Ablauf seines ersten Jahres als Premierminister flohen über 20 Journalistinnen und Blogger aus Angst vor jahrelangen Haftstrafen ins Ausland. Prayut verfügt über eine maßgeschneiderte Waffe, um gegen unabhängige Medien vorzugehen – ein Lèse-majesté-Gesetz, das das drakonischste der Welt ist und nicht nur die Beleidigung des Herrschers unter Strafe stellt. Durch die Möglichkeit von Mehrfachstrafen kann jeder unerwünschte Kommentar über die Monarchie einen Menschen für bis zu 60 Jahre hinter Gitter bringen. Nach seiner Machtergreifung weitete Prayut den Geltungsbereich des Gesetzes auf die „nationale Sicherheit“ aus, für die Militärgerichte zuständig sind. Das Gesetz betrifft nicht mehr nur Kritik an Thailands absoluter Monarchie, sondern auch Kommentare über die Streitkräfte, die Regierung und sogar den Hund des Königs.

BEVORZUGTE ZIELE: Oppositionelle

Auch wenn Prayut Chan-o-cha durch einen Militärputsch an die Macht kam, tauschte der General bald seine Militäruniform gegen den Dreiteiler eines Premierministers. In einem Land, in dem Selbstzensur herrscht, sind alle großen öffentlichen Medien angehalten, Prayuts Politik in den höchsten Tönen zu loben. Journalistinnen und Journalisten wissen, dass sie gefeuert werden können, wenn sie nicht auf die Regierungslinie einschwenken. Viele oppositionsnahe Medien wie *Voice TV* wurden während des Wahlkampfes 2019 mit einem Sendeverbot belegt.

OFFIZIELLE LINIE: Verachtung

Während einer Pressekonferenz am 9. März 2021 besprach Prayut Cha-o-cha die anwesenden Journalistinnen und Journalisten mit einem Handdesinfektionsmittel, damit sie keine Fragen mehr stellten.

„Wenn Sie Fragen zur Politik stellen wollen, fragen Sie diesen Kerl“, erklärte er auf einer Pressekonferenz am 9. Januar 2018 und zeigte dabei auf ein lebensgroßes Foto von sich selbst.

„Wir werden sie wahrscheinlich einfach hinrichten“, erklärte er auf einer Pressekonferenz am 25. März 2015 auf die Frage, was mit Medienschaffenden passiere, die sich nicht an die offizielle Linie seiner Regierung hielten.

Gotabaya Rajapaksa

Geb. 20. Juni 1949

Sri Lanka, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 127 von 180

Präsident der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka seit 18. November 2019,
Staatssekretär im Verteidigungsministerium von 2005 bis 2015

Feind der Pressefreiheit seit 2005

METHODIK: der lange Arm der Todesschwadronen

Die Wahl von Gotabaya Rajapaksa zum Präsidenten der Republik Ende 2019 hat Sri Lanka in die schwärzesten Stunden seiner Geschichte zurückversetzt. Als Oberstleutnant der Armee hatte „Gota“ unter der Präsidentschaft seines eigenen Bruders, Mahinda Rajapaksa, im „schwarzen Jahrzehnt“ von 2005 bis 2015 – einem Zeitraum, in dem der Bürgerkrieg sein Ende fand und 2009 die tamilische Separatistenguerilla blutig zerschlagen wurde – den Posten des Staatssekretärs im Verteidigungsministerium inne. In diesem Zeitraum verdiente sich Gotabaya seinen Beinamen: „der Terminator“. Diese zweifelhafte Auszeichnung verdankt er der Rolle, die er als Treiber der Todesschwadronen spielte, die auch „Verbrecherbande der weißen Lieferwagen“ genannt wurden – in Anlehnung an die Fahrzeuge, in denen Medienschaffende abgeholt wurden, bevor sie gefoltert und in manchen Fällen auf Anordnung des Ministers Gotabaya exekutiert wurden. Unter diesen Bedingungen ist es logisch, dass die Nachfolge Gotabayas als Präsident alte Dämonen weckte: Er nahm nicht nur dem Verteidigungsminister die Zügel aus der Hand, sondern ernannte auch seinen eigenen Bruder Mahinda, den früheren Präsidenten, zum Premierminister. Seitdem wurden weitere Waffen eingesetzt: Haftbefehle, Durchsuchung der Räume bestimmter Presseagenturen, Desinformationskampagnen, Morddrohungen. De facto ist ein großer Teil der sri-lankischen Presse der Selbstzensur unterworfen, sei es infolge von Gotabayas Machenschaften in der Vergangenheit oder der Ausübung seines derzeitigen Mandats.

BEVORZUGTE ZIELE: die Geister der Vergangenheit, die gegenwärtigen Bedrohungen

Viele sri-lankische Medienschaffende sehen sich derzeit einem schrecklichen Zwiespalt ausgesetzt: Entweder machen sie ihre Arbeit oder sie riskieren ihr Leben. Sie müssen mit den Geistern so vieler in der Vergangenheit exekutierter Kollegen leben: Die von Gotabaya angeordnete Straffreiheit bei Verbrechen gegen Medienschaffende besteht nämlich nach wie vor in vollem Umfang. Nach Informationen von RSF wurden während seiner Amtszeit als Verteidigungsminister mindestens 14 Medienschaffende erschossen oder verschwanden. Rund 20 weitere verließen nach Folterungen oder Bedrohungen das Land. Recherchen zu heiklen Themen sind äußerst gefährlich, etwa zur Lage der tamilischen Minderheit oder der muslimischen Bevölkerung der Insel. Diejenigen, die es dennoch wagen, sehen sich zweifachen Bedrohungen ausgesetzt: Die Polizei schikaniert sie mit Haftbefehlen und sie erhalten Morddrohungen – und in diesem Fall wird sich die Polizei weigern, auch nur eine Anzeige aufzunehmen. Der Terror ist auf allen Ebenen zurück.

OFFIZIELLE LINIE: Aufruf zu Mord und Vergesslichkeit

„Dreckige Schweine, Scheißfresser! Ihr verdammten Arschlöcher von Journalisten! Die Leute werden euch töten.“ (Juli 2012 in einem Interview.)

„Bleibt nicht länger in der Vergangenheit stehen. Ich versuche, der zukünftige Präsident von Sri Lanka zu werden. Es ist also besser, wenn ihr euch auf die Zukunft konzentriert.“ (Oktober 2019, im Wahlkampf)

Sheikh Hasina Wazed
Geb. 28. September 1947

Bangladesch, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 152 von 180

Premierministerin der Volksrepublik Bangladesch seit 6. Januar 2009

Feindin der Pressefreiheit seit (spätestens) 2014

METHODIK: das digitale Sicherheitsgesetz als ultimative Waffe der Selbstzensur

Als älteste Tochter des Unabhängigkeitshelden von Bangladesch, Sheikh Mujib Rahman, ist Sheikh Hasina seit den frühen 1980er Jahren eine Galionsfigur in der Politik ihres Landes. Sie war lange Zeit eine führende Vertreterin der Opposition und Gegnerin der verschiedenen autoritären Regime, die mit gewaltsamen Mitteln gegen Medienschaffende vorgingen. Als ihre Partei bei den Parlamentswahlen im Dezember 2008 einen Erdrutschsieg errang, übernahm sie im darauffolgenden Monat das Amt der Premierministerin.

Danach bewegte sie sich selbst immer mehr in Richtung Autoritarismus und schränkte die Pressefreiheit immer mehr ein. Dieser Trend bestätigte sich 2014, als ihre Wiederwahl dadurch erleichtert wurde, dass der Opposition der Zugang zu Nachrichtenmedien verwehrt wurde. Obwohl Sheikh Hasina offiziellen Verlautbarungen zufolge die Pressefreiheit respektiert, ordnet sie alles dem Machterhalt unter und duldet keine Kritik.

Mit dem 2018 verabschiedeten Gesetz zur digitalen Sicherheit (Digital Security Act, DSA) hat die Regierung ihr Arsenal vervollständigt, um die eigenen Ansichten durchzusetzen. Mit seinen bewusst vagen Formulierungen ist das Gesetz die ultimative Waffe, um Journalistinnen und Journalisten zur Selbstzensur zu zwingen. Es sieht zum Beispiel eine siebenjährige Haftstrafe für die Veröffentlichung von Inhalten vor, die „die öffentliche Ordnung stören könnten“, während Informationen, die als „negative Propaganda gegen den (...) Vater der Nation“ – niemand anderes als Sheikh Hasinas Vater – ausgelegt werden können, mit 14 Jahren Gefängnis bestraft werden. Journalistinnen und Journalisten bewegen sich also auf sehr unsicherem, hoch vermintem Terrain.

BEVORZUGTE ZIELE: lästige Reporterinnen und Reporter

Der Digital Security Act erlaubt es den Anhängern von Sheikh Hasina, alle Journalisten und Bloggerinnen zu schikanieren, die die herrschenden Machtverhältnisse kritisieren. In den ersten zwei Jahren nach Inkrafttreten diente das Gesetz zur strafrechtlichen Verfolgung von fast 400 Personen, darunter mehr als 70 Journalistinnen und Bloggern. Die Verhafteten sind erbärmlichen Haftbedingungen ausgesetzt; einer von ihnen, **Mushtaq Ahmed**, starb im Februar 2021 im Gefängnis. Die Anhänger von Sheikh Hasinas Partei, der Awami League, und ihres studentischen Ablegers, der Chhatra League, sind nichts anderes als der verlängerte Arm des Regimes. Sie schikanieren und attackieren besonders bei Wahlen Reporterinnen und Reporter, die über Straßenproteste oder andere Formen von Unruhen berichten, und betätigen sich mitunter sogar als Lynchmob. Journalistinnen und Journalisten enden immer wieder im Krankenhaus, manche gar im Leichenschauhaus.

OFFIZIELLE LINIE: Verordnung „wahrer“ Fakten

„Journalistinnen und Journalisten, die keine Fake News veröffentlichen, haben nach dem Digital Security Act nichts zu befürchten“, erklärte Sheikh Hasina im Oktober 2018. Das Gesetz erlaubt es der Regierung zu entscheiden, welche Informationen „wahr“ und welche „falsch“ sind.

Xi Jinping
Geb. 15. Juni 1953

China, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 177 von 180

Präsident der Volksrepublik China seit 14. März 2013, **Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas** seit 15. November 2012 und **Vorsitzender der Zentralen Militärkommission** seit 14. März 2013

Feind der Pressefreiheit seit 2013

METHODE: kompromisslose Härte

Da die Familie von Xi Jinping ein Opfer der Kulturrevolution war, hätte man bei Xis Machtantritt 2013 eigentlich liberale Reformen erwarten können. Ganz im Gegenteil verschärfte Xi jedoch die Kontrolle des Regimes über Nachrichten und Informationen und führte in nur wenigen Jahren ein Mediensystem ein, das in seiner Radikalität an die Mao-Zeit erinnert. Mit dem umfassenden Einsatz neuer Technologien hat Xi ein Gesellschaftsmodell durchgesetzt, das auf Zensur, Propaganda und Überwachung basiert. Die Cyberspace Administration of China (CAC), eine Einrichtung, die Xi persönlich untersteht, hindert die fast eine Milliarde Internetnutzerinnen und -nutzer in China daran, unabhängige Informationen frei zu empfangen und weiterzugeben. Staatliche Medien müssen nicht nur der Parteilinie folgen, sondern auch „den Willen der Partei widerspiegeln, ihre Autorität und ihre Einheit schützen“. Die Smartphone-App „Xuexi Qiangguo“ (Studiere und stärke die Nation), die Journalistinnen und Journalisten seit 2019 verpflichtend herunterladen müssen, erlaubt es dem Regime nicht nur, ihre Loyalität zu testen, sondern höchstwahrscheinlich auch, ihre Telefone auszuspähen. Auch die Schikanie von Auslandskorrespondentinnen und -korrespondenten und ihren Quellen wurde unter Xi auf die Spitze getrieben. Im Ausland versucht das Regime auf jede nur erdenkliche Weise, sein repressives Modell zu propagieren und zu exportieren.

BEVORZUGTE ZIELE: alles, was von der Parteilinie abweicht

Xi Jinpings China ist das weltweit größte Gefängnis für die Verteidigerinnen und Verteidiger der Pressefreiheit. 2021 werden mehr als 115 von ihnen in den Gefängnissen des Landes festgehalten, wo sie oft lebensgefährlichen Bedingungen ausgesetzt sind. Journalistinnen und Journalisten, deren Berichte nicht in das Narrativ des Regimes passen, werden oft unter „Überwachung in ausgewiesenen Wohnungen“ (RSDL) festgehalten, ein Euphemismus für Isolationshaft in einem von Chinas „schwarzen Gefängnissen“, in denen die Inhaftierten ihrer Rechte beraubt werden und Folter befürchten müssen. **Kunchok Jinpa**, eine führende Informationsquelle über Tibet, starb im Februar 2021 an den Folgen von Misshandlungen im Gefängnis, ähnlich wie bereits 2017 der Friedensnobelpreisträger und Träger des RSF Press Freedom Award **Liu Xiaobo** und der politische Kommentator **Yang Tongyan**.

OFFIZIELLE LINIE: paternalistische Indoktrination

„Die von der Partei und der Regierung dirigierten Medien sind Propagandainstrumente, die mit Familiennamen ‚Partei‘ heißen müssen.“ (Rede von Xi Jinping am 19. Februar 2016 auf einer Reise zur Inspektion der staatlichen Medien)

„Sie müssen die Partei lieben, die Partei schützen und sich im Denken, in der Politik und im Handeln eng an die Parteiführung anlehnen.“ (über Journalistinnen und Journalisten, die für CCTV, die Nachrichtenagentur Xinhua oder die Zeitung People's Daily arbeiten, Februar 2016)

EUROPÄISCHE UNION UND BALKAN

Viktor Orbán
Geb. 31. Mai 1963

Ungarn, Rangliste der Pressefreiheit 2021: **Platz 92 von 180**

Ministerpräsident von Ungarn seit 29. Mai 2010 (und von 1998 bis 2002)

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODIK: politische und wirtschaftliche Machenschaften, Rufschädigung, Zwang zur Selbstzensur

Seit seiner Rückkehr an die Macht 2010 tritt der selbsternannte Anhänger der „illiberalen Demokratie“ Viktor Orbán die Vielfalt und Unabhängigkeit der Medienberichterstattung regelmäßig mit Füßen. Nachdem er die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten zu einem Propagandaorgan gemacht hat, wurden die privaten Medien unterjocht oder mundtot gemacht. Dabei setzt er manchmal fein ausgeklügelte, manchmal grobe, aber immer effektive Methoden ein. Durch ihre politischen und wirtschaftlichen Machenschaften und den Aufkauf von Medien durch regierungsfreundliche Oligarchen kontrolliert Orbáns Partei Fidesz inzwischen 80 Prozent der Medienlandschaft, an deren Spitze die Mitteleuropäische Presse- und Medienstiftung (Kesma) steht, die fast 500 Pro-Orbán-Medien vereint. Die verbleibenden unabhängigen Medien werden bei der Zuweisung staatlicher Werbeaufträge und dem Zugang zu Informationen der Institutionen benachteiligt, während ihre Journalistinnen und Journalisten Diskreditierungskampagnen in den regierungsnahen Medien ausgesetzt sind, wo sie als „Fake News“-Verbreiter abgestempelt werden. Die Kriminalisierung dieser Anschuldigung während der Corona-Krise hatte eine abschreckende Wirkung auf Medienschaffende und ihre Quellen. Diese verschiedenen Angriffstechniken haben sich offenbar bewährt – bei Orbáns Verbündeten in Polen und Slowenien haben sie bereits Nachahmer gefunden.

BEVORZUGTE ZIELE: die letzten unabhängigen Medien

Nach der Schließung der Tageszeitung *Népszabadság* und der Übernahme der Nachrichtenportale *Origo.hu* und *Index.hu* durch Oligarchen haben die Regierenden nunmehr den Fernsehsender *RTL*, die Tageszeitung *Népszava*, die Wochenzeitungen *HVG*, *Magyar Hang*, *Magyar Narancs* und das Onlineportal *24.hu* im Visier. Die jüngste Aktion war die politische Entscheidung des eigentlich unabhängigen ungarischen Medienrats, die Sendelizenz von *Klubrádio* nicht zu verlängern.

OFFIZIELLE LINIE: kriegerisch

„Wir müssen Medien bekämpfen, (...) die durch ausländische Gruppen und inländische Oligarchen unterhalten werden.“ (Rede bei einer Gedenkfeier zum 170. Jahrestag der Revolution von 1848)

„Jetzt ist nicht der richtige Moment, ... um in Krankenhäuser zu gehen, um gefälschte Videos zu drehen oder Fake News zu verbreiten.“ (Antwort auf die 2021 gestellte Forderung von 28 unabhängigen Medien, freien Zugang zu Krankenhäusern zu bekommen, um das medizinische Personal während der Covid-19-Pandemie zu interviewen)

OSTEUROPA UND ZENTRALASIEN

Ilcham Alijew

Geb. 24. Dezember 1961

Aserbaidschan, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 167 von 180

Präsident der Republik Aserbaidschan seit 2003

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt / Verschärfung seit 2014

METHODIK: Justiz ist dem Regime in Baku treu ergeben

In Aserbaidschan verurteilt die linientreue Justiz Journalistinnen und Journalisten unter absurden Vorwänden, manchmal aus angeblich schwerwiegenden Gründen. Die Sicherheitsdienste ihrerseits haben es mit Untersuchungen von Angriffen gegen Medienschaffende nicht eilig. Ganz im Gegenteil: Wer Journalistinnen und Journalisten angreift, wird selbst bei grausamen Verbrechen von offizieller Seite geschützt. Unter Alijews Regierung können Nachrichtenseiten im Netz rechtmäßig blockiert werden, wenn sie eine „Gefahr für Staat oder Gesellschaft“ darstellen. Schließlich hat sich während des bewaffneten Bergkarabach-Konflikts zwischen Armenien und Aserbaidschan die Zensur zunehmend verschärft und Baku verwehrt ausländischen Journalistinnen und Journalisten regelmäßig die Akkreditierung.

BEVORZUGTE ZIELE: kritische Stimmen

Ilcham Alijew nimmt hauptsächlich unabhängige Medien und regimekritische Medienschaffende ins Visier. Investigative Journalistinnen und Journalisten werden wegen ihrer Ermittlungen zu Korruption, Unterschlagung und Geldwäsche mit harten Strafen bedroht. Im Februar 2021 wurde **Zaur Gambarov**, ein kritischer Journalist von *Anews.az*, der über sozioökonomische Probleme in der Region Gardabay berichtete, körperlich angegriffen. Obwohl er selbst Opfer des Angriffs war, wurde er zu dreieinhalb Jahren Haft wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ verurteilt, bevor er später vom Präsidenten begnadigt wurde. Ilcham Alijew trägt seinen hartnäckigen Kampf gegen die Pressefreiheit über die Landesgrenzen hinaus und zögert auch nicht, die Verwandten von Medienschaffenden unter Druck zu setzen. Afgan Muchtarli, der als investigativer Journalist über Korruption und Vetternwirtschaft berichtete, sah sich gezwungen, nach Georgien ins Exil zu gehen. Dort wurde er entführt und den aserbaidchanischen Sicherheitskräften ausgeliefert. Im selben Jahr wurde der Schwager des Journalisten **Türkel Azerturk** (*Turan TV*), der als Dissident galt und in die Niederlande ins Exil gegangen war, wegen „Drogenhandels“ in Baku festgenommen. Zudem schreckt das Regime auch nicht vor Erpressung mit Sex-Videos zurück. 2012 entdeckte die unabhängige Journalistin **Khadija Ismajilowa** intime Videos von sich, die ohne ihr Wissen aufgenommen und massiv im Internet verbreitet worden waren. Sie hatte über ein Korruptionsnetzwerk recherchiert, in das die Familie Alijew verwickelt war.

OFFIZIELLE LINIE: zwischen Leugnen und Heuchelei

„Wir haben freie Medien, wir haben ein freies Internet. Wegen des Kriegsrechts haben wir heute einige Einschränkungen, aber vorher gab es keine. Über 80 Prozent der aserbaidchanischen Bevölkerung nutzt das Internet. Können Sie sich eine Einschränkung der Medien in einem Land vorstellen, in dem so viele Menschen Zugang zu einem freien Internet haben und in dem es keine Zensur gibt? (...) Wie können Sie sagen, dass wir keine unabhängigen Medien haben? Noch einmal: Es handelt sich um eine verzerrte Darstellung. Das ist ein Versuch, der westlichen Öffentlichkeit ein bestimmtes Bild von Aserbaidschan zu vermitteln. Wir haben eine Opposition, wir haben NGOs, wir haben freie politische Betätigung, wir haben unabhängige Medien, wir haben Meinungsfreiheit.“ (Interview für *BBC News* mitten während des Bergkarabachkonflikts, November 2020)

Gurbanguli Berdimuchamedow
Geb. 29. Juni 1957

Turkmenistan, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 178 von 180

Präsident der Republik Turkmenistan seit 2006

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODIK: totalitäre Autokratie

Seit seinem Machtantritt gibt sich Gurbanguli Berdimuchamedow den Anstrich eines Reformers. Angesichts der tatsächlichen Politik eines der totalitärsten Regime weltweit ist das ein himmelschreiender Widerspruch. Im Januar 2013 erhielt das Land ein Mediengesetz, das offiziell Meinungsfreiheit zusichert und Zensur verbietet. Alles nur Fassade: Der Staat regiert nach wie vor uneingeschränkt über die turkmenischen Medien, die er als Propagandamaschinerie nutzt und die er für jede Abweichung von der offiziellen Linie streng bestraft. Bereits 2008 erklärte Berdimuchamedow den Parabolantennen den Krieg, die der einzige Weg für die Bevölkerung waren, unkontrollierte Nachrichten zu empfangen. Damit schnitt er sie von den russischen, türkischen oder arabischen Satellitensendern ab, die der unterdrückenden Propaganda der staatlichen Medien entgehen. Was das Internet angeht, so ist nur ein total bereinigtes Netz, das „Turkmenet“, zugänglich, und nur unter der Bedingung, dass man einen Reisepass und die Kopie eines Dokuments als Beweis für Eigentum, Miete oder kostenlose Nutzung der Räumlichkeiten, in denen der Anschluss liegt, vorlegt. Die Benutzung von VPN ist verboten.

BEVORZUGTE ZIELE: Journalisten im Untergrund und im Exil

In den vergangenen Jahren wurden mehrere Journalistinnen und Journalisten willkürlich verhaftet und unter katastrophalen Bedingungen gefangengehalten. Der Tod der Korrespondentin von *Radio Azatlyk*, **Ogulsapar Muradowa**, im Jahre 2006 ist noch in aller Gedächtnis. 2017 wurde **Khudayberdy Allashov**, Korrespondent des turkmenischen Nachrichtendienstes von *RFE/RL*, während seines Gefängnisaufenthaltes mit Strom gefoltert. Der Blogger **Nurgeldi Halykov** wurde zu vier Jahren Haft verurteilt, nachdem er einer Nachrichtenwebsite ein Foto hatte zukommen lassen. In Turkmenistan gibt es fast keine unabhängigen Journalistinnen und Journalisten mehr, das Land gleicht einer riesigen medialen Wüste. Diejenigen, die vom Ausland aus arbeiten, sind Zielscheibe von Angriffen und Schikanen, und auch ihre Familien sind keineswegs in Sicherheit. Die Handvoll Medienschaffender, die noch heimlich mit unabhängigen Medien im Ausland zusammenarbeiten, sieht sich einem nie dagewesenen Druck ausgesetzt: Viele von ihnen wurden gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen.

OFFIZIELLE LINIE: autoritärer Druck

„Die turkmenische Presse berichtet nicht genug über die staatlichen Erfolge.“ (Botschaft an die Medien, Januar 2014)

Recep Tayyip Erdoğan

Geb. 26. Februar 1954

Türkei, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 153 von 180

Präsident der Republik Türkei seit 2014 (Ministerpräsident von 2003 bis 2014)

Feind der Pressefreiheit seit 2009

METHODIK: aggressive Demokratie

Der türkische Präsident mag die Presse nicht, oder besser gesagt, er mag sie nur, wenn sie unterwürfig und folgsam ist und Lobreden auf ihn hält. Kritische Stimmen werden durch eine weit auslegbare Antiterrorgesetzgebung, die Missbrauch jeder Art zulässt, aber auch durch ein Gesetz verfolgt, das „Beleidigung des Präsidenten“ unter Strafe stellt. Mit verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Mitteln kontrolliert Erdoğan fast alle größeren Mediengruppen (insbesondere das Fernsehen). Der im Juli 2016 nach dem Putschversuch verhängte Ausnahmezustand führte zu einer Verhaftungswelle von Journalistinnen und Journalisten nie gekanntes Ausmaßes sowie zur Schließung von über 100 Zeitungen, Zeitschriften, Fernsehsendern und Rundfunkstationen. In einigen wenigen Gerichten oder hohen gerichtlichen Instanzen (Verfassungsgericht, Kassationshof, Gerichtshof, Staatsrat usw.) sind Anzeichen von Widerstand zu sehen. Das angespannte Klima fördert Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten: Über 100 Medienschaffende wurden in den vergangenen fünf Jahren attackiert. Ein Journalist, der für einen Radiosender in Bursa arbeitete, wurde von einem Hörer getötet.

BEVORZUGTE ZIELE: kritische Journalistinnen und Journalisten

Gleich, ob sie links, pro-kurdisch, der Gülen-Bewegung nahe stehend, laizistisch oder nationalistisch sind: Als kritisch angesehene Medienschaffende oder Medien stehen unter Beschuss. Auch wenn die Türkei nicht mehr das größte Gefängnis der Welt für Journalistinnen und Journalisten ist, sind die Gefahr, eingesperrt zu werden, und die Angst, unter Polizeiaufsicht oder ohne Reisepass arbeiten zu müssen, allgegenwärtig. 2020 wurden rund 50 Medienschaffende vorübergehend festgenommen, weil sie insbesondere über die Lage der syrischen Geflüchteten an der Grenze zu Griechenland oder über die Covid-19-Pandemie geschrieben hatten. Auch Zensur im Internet zu allen Themen öffentlichen Interesses, die regierungsnahen Persönlichkeiten in Frage stellen, ist gang und gäbe: 2020 wurden über 1.300 Links zu Online-Artikeln über Korruption, Vetternwirtschaft usw. durch Friedensrichter zensiert, die Erdoğan unterworfen sind.

OFFIZIELLE LINIE: mit Drohungen verhüllte Verleugnung

„Wir haben nie etwas gegen Meinungsfreiheit oder Pressefreiheit unternommen. Im Gegenteil, die türkische Presse hat mich und meine Regierung stark kritisiert und mich stark angegriffen. Und trotz dieser Angriffe haben wir sehr besonnen reagiert.“ (Interview mit CNN, 1. April 2016)

Alexander Lukaschenko
Geb. 30. August 1954

Belarus, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 158 von 180

Präsident der Republik Belarus seit 1994

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt / Verschärfung seit August 2020

METHODIK: Staatsterrorismus

Seit der umstrittenen Wiederwahl des in westlichen Medien als „letzter Diktator Europas“ bezeichneten Alexander Lukaschenko im August 2020 hat die Repression gegen Journalistinnen und Journalisten ein nie gekanntes Niveau erreicht. Eine der Prioritäten besteht darin, jegliche Berichterstattung über Protestbewegungen im Land zu unterbinden. Massenverhaftungen, Gewalt bis hin zu Folter, Drohungen, Internetabschaltungen, Zensur von führenden Nachrichtenportalen und der Printpresse stehen auf der Tagesordnung. Der Feind der Pressefreiheit schreckt auch nicht davor zurück, Gesetze zu ändern, um die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten zu behindern oder zu kriminalisieren: Medienschaffende, die über nicht genehmigte Veranstaltungen berichten, werden jetzt als Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Veranstaltungen angesehen, Livestreams sind verboten und die Liste der Gründe zur Verweigerung von Akkreditierungen wird immer länger. Auch falsche Anschuldigungen gehören zu Lukaschenkos Arsenal. Die dem Regime untergeordnete Justiz beginnt, journalistische Arbeit mit „Extremismus“ gleichzustellen. Angesichts dieser umfangreichen Repression mussten viele belarussische Journalisten ins Exil gehen, vor allem nach Polen, in die Ukraine und ins Baltikum.

BEVORZUGTE ZIELE: verbissene Jagd auf unabhängige Journalistinnen und Journalisten

Zahlreiche Journalistinnen und Journalisten werden derzeit in Belarus willkürlich festgehalten. Lukaschenko versucht, sie mit allen Mitteln mundtot zu machen – bis hin zur Zwangslandung eines zivilen Flugzeugs in Minsk, um die Festnahme des Journalisten **Roman Protassewitsch** anzuordnen. Mit dieser bis dahin noch nie dagewesene Maßnahme der sollen in Belarus, aber auch im Ausland lebende Journalistinnen und Journalisten terrorisiert werden. Die Lage von Protassewitsch und anderen inhaftierten Journalistinnen und Journalisten wie dem Korrespondenten des öffentlich-rechtlichen Senders *Deutsche Welle* **Alexander Burakow**, die in belarussischen Gefängnissen misshandelt wurden, ist alarmierend. Andere Medienschaffende wie die Verantwortlichen des führenden unabhängigen Nachrichtenportals *tut.by* sehen sich Anschuldigungen der Steuerhinterziehung ohne jegliche Anhaltspunkte ausgesetzt.

OFFIZIELLE LINIE: radikal

„*Wartet nicht bis zum Ende des Wahlkampfes. Werft sie raus, wenn sie sich nicht an unsere Gesetze halten und versuchen, hier einen Maidan-Aufstand [wie in der Ukraine] anzuzetteln.*“ (am 23. Juni 2020 bei einem Treffen mit Regierungsmitgliedern an die Medien gerichtete Worte, bei dem vor allem *Radio Free Europe/Radio Liberty* und der *BBC* beschuldigt wurden, Aufstände in Belarus provozieren zu wollen)

„*Ich habe volles Verständnis für andere Meinungen; in den Medien muss Platz für alternative Diskussionen und Diskurse sein. Aber wie in den anderen Staaten auch ist die Meinungsfreiheit gesetzlich geregelt.*“ (bei einem Treffen am 9. Juli 2020 zwischen dem Präsidenten und Vertreterinnen und Vertretern der wichtigsten belarussischen Medien)

Wladimir Putin
Geb. 7. Oktober 1952

Russland, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 150 von 180

Präsident (oder Ministerpräsident) der Russischen Föderation seit 2000

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODIK: nationalistischer Autoritarismus

Wladimir Putin kam im Jahr 2000 nach einem Jahrzehnt an die Macht, das von Auflösung der Autorität geprägt war. Seitdem kennt er nur eine Parole: Kontrolle. Die Medien spürten sehr schnell die Auswirkungen der „vertikalen Gewaltenteilung“, über die er sie während seiner ersten beiden Amtszeiten theoretisierte. Bereits zu Beginn der 2000er Jahre übernahm der Kreml sämtliche nationalen Fernsehstationen und überschwemmte die russische Bevölkerung mit sintflutartiger Propaganda. Der erbitterte Dirigismus nach Putins Rückkehr ins Präsidentenamt zog im Mai 2012 eine nie dagewesene Protestwelle nach sich. Angesichts der Unterstützung dieser Proteste durch die Zivilgesellschaft erließ Putin einen Schwall freiheitsbedrohender Gesetze, die Proteste unter Strafe stellten und die Meinungsfreiheit beschnitten. Unter dem Mediengesetz, in dem ausländische Journalistinnen und Journalisten als „Agenten“ bezeichnet werden, leidet die gesamte Presse seit 2017. Es bereitet unabhängigen Medien wie *Meduza* große wirtschaftliche Probleme und führte für einige von ihnen zur Schließung. Außerdem wurden mehrere Medienschaffende gezwungen, sich als „ausländische Agenten“ registrieren zu lassen. Bei den Pro-Nawalny-Kundgebungen wurde die Pressefreiheit von den Ordnungskräften demonstrativ und massiv mit Füßen getreten. Das Internet befindet sich seit 2012 aufgrund etlicher Gesetze in einem Schraubstock. Diese Gesetze sollen bestimmte Inhalte unterbinden, die Kontrolle über den Datenfluss verstärken, anonyme Online-Kommunikation verhindern und ein flächendeckendes Überwachungssystem einführen.

BEVORZUGTE ZIELE: unabhängige Medien

Wladimir Putin hat vor allem unabhängige Medien im Visier, insbesondere durch das Mediengesetz, das von „ausländischen Agenten“ spricht, und über befreundete Oligarchen und Geschäftsleute, die unabhängige Medien aufkaufen und auf Linie bringen. Dutzende Journalistinnen und Journalisten wurden festgenommen, zum Teil gewaltsam, als sie über Demonstrationen zur Unterstützung des Oppositionellen Alexej Nawalny berichteten, einige wurden willkürlich inhaftiert. Die Lage der Meinungsfreiheit ist die schlechteste, die Russland seit dem Zerfall der UdSSR erlebt hat. Derzeit sind acht russische Journalisten im Gefängnis: **Alexander Walow** (2018), **Remzi Bekirov** (2019), **Abdulmumin Gadschiew** (2019), **Raschid Maisigow** (2019), **Iwan Safronow** (2020), **Ian Katelewski** (2020), **Alexander Dorogow** (2020) und **Wladislaw Jesipenko** (2021). 2002 starb der Journalist **Alexander Tolmatschew** aufgrund fehlender medizinischer Versorgung in Haft.

OFFIZIELLE LINIE: schamlose Heuchelei

„Wir haben so viele Nachrichtensender, so viele Internetkanäle, wir haben so viele unterschiedliche Meinungen, und es gibt so viele kritische Stimmen in den Medien über die Obrigkeit (und über Ihren bescheidenen Diener)! Ich denke, dass Ihre Länder das alles nicht haben, dass die Journalisten dort die Machthaber nicht so stark kritisieren.“ (Erklärung beim Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg, 8. Juni 2021)

„Die aktive und verantwortungsvolle Haltung der Medien, ein wahrhaft unabhängiger und mutiger Journalismus werden mehr denn je gebraucht und sind in Russland unverzichtbar.“ (Grußwort an den Journalistenverband, April 2013)

Ramsan Kadyrow
Geb. 5. Oktober 1976

Russland, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 150 von 180

Präsident der russischen Republik Tschetschenien seit 2007

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODIK: Regieren durch Terror

Unter Ramsan Kadyrow herrscht für Journalistinnen und Journalisten in der Republik Tschetschenien ein Klima der Angst. Mit Unterstützung des Gerichtswesens und der Ordnungskräfte zensiert und bedroht er Medienschaffende, greift sie an und sperrt sie ein. In Tschetschenien bleiben Todesdrohungen und körperliche Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten völlig ungestraft, und die örtliche Polizei sieht bewusst tatenlos zu. Kadyrow, der sich selbst als „Zögling Putins“ bezeichnet, nutzt fröhlich die nationalen Medien wie den öffentlich-rechtlichen Sender *Grosny* zur Verbreitung seiner Propaganda. Und die „Todesschwadronen“ im russischen Kaukasus nehmen regelmäßig die Diaspora der Kritiker ins Visier, die ins Ausland geflüchtet sind.

BEVORZUGTE ZIELE: alle kritischen Stimmen

Kadyrow bezeichnet liberale russische Medien gern als „Verräter“ und „Volksfeinde“. Seine Politik besteht im kategorischen Mundtotmachen aller kritischen Nachrichten, selbst wenn diese sehr gemäßigt sind. Bei seinem Krieg gegen unabhängige Nachrichten nimmt seine Sichtweise auf die Medien paranoide Züge an. Jedes Presseorgan und alle Medienschaffenden, die nicht die offizielle Haltung übernehmen oder den Staatslenker nicht verherrlichen, werden angegriffen. So bedrohte Kadyrow 2020, mitten in der Corona-Krise, die Journalistin **Jelena Milaschina** mit dem Tode, nachdem sie in der Tageszeitung *Nowaja Gaseta* einen kritischen Bericht über Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien veröffentlicht hatte. Als Vorwand diente ihm der Kampf gegen die Pandemie. Den Artikel ließ er durch Roskomnadsor, den russischen Föderalen Dienst für die Aufsicht im Bereich der Informationstechnologie und Massenkommunikation, entfernen. Selbst nach der Flucht ins Ausland sind kritische Stimmen nicht in Sicherheit: 2020 entging der Journalist **Giorgi Gabunia** in Georgien einem Mordanschlag, der wahrscheinlich vom tschetschenischen Machthaber in Auftrag gegeben worden war, und ein tschetschenischer Blogger wurde in Schweden angegriffen.

OFFIZIELLE LINIE: Tod den Feinden

Am 4. November 2019 erklärte Ramsan Kadyrow, dass Personen, die negative Nachrichten über die Republik verbreiten, „*getötet, eingesperrt und eingeschüchtert*“ gehören.

„Wer Gerüchte verbreitet, zählt zu unseren Hauptfeinden. Wir sind für Ordnung und Sicherheit in unserer Region verantwortlich. (...) Personen, die derartige Informationen veröffentlichen, müssen rund um die Uhr ausgemacht und bestraft werden.“ „Wir werden mit voller Härte gegen diese Personen [Journalisten] vorgehen. Sie säen Zweifel, zerstören die Harmonie unter uns und bringen uns dazu, uns gegenseitig zu bekämpfen.“ (am 28. Januar 2020 bei einem Treffen mit den Leitern der tschetschenischen Ordnungskräfte, über das der Sender *Grosny* berichtete)

Emomali Rachmon
Geb. 5. Oktober 1952

Tadschikistan, Rangliste der Pressefreiheit 2021: **Platz 162 von 180**

Präsident der Republik Tadschikistan seit 1992

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODIK: Zensur, totale Internetkontrolle und Drohungen

Der repressive Kurs von Emomali Rachmon, einem der dienstältesten Präsidenten der Region, verschärft sich zunehmend. Seit dem Ende des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren präsentiert sich der Machthaber als „Führer der Nation“ und „Begründer von Frieden und nationaler Einheit“. 1992 führte er eine offizielle und systematische Zensur der von privaten und unabhängigen Medien verbreiteten Nachrichten ein. Seit 2021 schreibt das Komitee für Fernsehen und Rundfunk in Tadschikistan, ein Staatsorgan, zur Vergabe von Sendelizenzen neue Vertragsbedingungen vor, die insbesondere die Redaktionen verpflichten, sämtliche fremdsprachlichen (einschließlich der russischen) redaktionellen Beiträge vorab zur Freigabe vorzulegen. 2018 übernahmen die Behörden das Monopol über den Zugang zum nationalen Internet, was der Regierungsstelle für Telekommunikation die Möglichkeit gibt, Nachrichtenseiten zu sperren. Der nationale Festnetzbetreiber *Tadschiktelecom*, Eigentümer der Nachrichtendienste der tadschikischen Regierung, hat das Monopol über den Verkauf von Internetanschlüssen. Die Behörden haben „Trollmaschinen“ geschaffen, um alle kritischen Stimmen und bestimmte Medien wie *Radio Ozodi*, den tadschikischen Nachrichtendienst von *Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL)*, in Verruf zu bringen. Die Geheimdienste schikanieren Dutzende von Medienschaffenden, die in den vergangenen Jahren ins Exil gegangen sind, schüchtern sie ein und erpressen sie. Die anderen zensieren sich selbst und vermeiden sensible Themen wie Straffreiheit und Korruption im Land.

BEVORZUGTE ZIELE: unabhängige Stimmen

Alle unabhängigen Medien stellen für Emomali Rachmon ein Ziel dar, das es zur Strecke zu bringen gilt, insbesondere investigative Journalistinnen und Journalisten bei ihren Recherchen zu Korruption. 2018 wurde der frühere Journalist **Khayrullo Mirsaidow** ins Gefängnis geworfen, nachdem er hohe Funktionäre der Unterschlagung bezichtigt hatte. Rachmon macht auch Jagd auf ausländische Medien wie *RFE/RL* sowie auf Nachrichten in sozialen Netzwerken und Messenger-Diensten wie Facebook, YouTube, VKontakte, Odnoklassniki oder auch WhatsApp und Telegram.

OFFIZIELLE LINIE: unsere Nation gegen das Ausland

„Sie müssen im Cyberwar gegen oppositionelle Medien aktiver und vereinter vorgehen und in den sozialen Netzwerken unter Ihrem Klarnamen posten! Auf diese Weise können unsere Feinde Sie nicht als Troll bezeichnen.“ (Aufruf von Abdujabbor Rahmonzoda, Assistent des Präsidenten Rachmon, an die großen nationalen Medien anlässlich einer Gesprächsrunde mit Journalistinnen und Journalisten und Intellektuellen am Sitz der staatlichen Zeitung *Jumhuriyat*, 3. März 2021)

„Sie als Leiter der Medienunternehmen müssen ein zuverlässiger Schild zum Schutz nationaler Interessen, kultureller und historischer Werte und der Ziele sein, die wir in dieser Zeit der nationalen Unabhängigkeit erreicht haben.“ (bei einem Treffen von Präsident Rachmon mit den Leitern der großen nationalen Fernsehsender und Rundfunkanstalten Tadschikistans, 20. Februar 2019)

NAHER OSTEN UND NORDAFRIKA

Baschar al-Assad

Geb. 11. September 1965

Syrien, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 173 von 180

Präsident seit 17. Juli 2000

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODE: kriminelle, blutrünstige Diktatur

Seit Baschar al-Assad nach dem Tode seines Vaters Hafez die syrische Präsidentschaft übernahm, hat er alles dafür getan, um sich den Titel Feind der Pressefreiheit zu verdienen. Schon lange vor Beginn der Revolution und des Bürgerkriegs, der das Land seit 2011 zerreißt, wurden die in den offiziellen Medien verbreiteten Informationen von der Regierung streng kontrolliert. Ausländischen Journalistinnen und Journalisten wurde regelmäßig der Zugang zum Hoheitsgebiet verwehrt, und die Cyberpolizei machte Jagd auf alle, deren Online-Aktivitäten als regimefeindlich galten. Nach dem Beginn des Aufstandes im März 2011 verschlechterte sich die Situation dramatisch. Baschar al-Assad ist nun Dreh- und Angelpunkt eines strengen Systems der Unterdrückung, das sich nicht nur auf zweifelhafte Geheimdienste stützt, sondern auch auf „Schabihas“, Milizen in Zivil, die Medienschaffende und mutmaßliche Gegnerinnen und Gegner terrorisieren. Hunderte Journalistinnen und Journalisten wurden angegriffen, verhaftet, willkürlich festgehalten und gefoltert.

BEVORZUGTE ZIELE: unterschiedslos alle Medienleute

Seit Beginn des Konfliktes im März 2011 wurden über 700 Berufs- und Laienjournalistinnen und -journalisten getötet. Sie fielen Repressalien durch die Regierung zum Opfer, aber ebenso den Verbrechen verschiedener bewaffneter Gruppen. Rund einhundert von denen, die verhaftet oder entführt wurden, gelten immer noch als vermisst. Ein Teil von ihnen hatte beschlossen, die Kontrolle über die Nachrichten wieder in die eigene Hand zu nehmen und Übergriffe zu filmen, deren Zeuge sie wurden und die von der Regierung verschleiert wurden. Deshalb wurden sie der Unterstützung terroristischer Umtriebe angeklagt. Andere halfen ausländischen Medienschaffenden als Fixer bei ihrer Arbeit vor Ort oder wurden Korrespondentinnen für internationale Medien.

OFFIZIELLE LINIE: totaler Zynismus

„[Marie Colvin] arbeitete mit den Terroristen zusammen, und da sie illegal eingereist ist, trägt sie selbst die Verantwortung für das, was ihr geschehen ist.“ (NBC, 14. Juli 2016, über die Journalistin der US-amerikanischen *Sunday Times*. Colvin wurde bei der Bombardierung von Homs durch die syrische Armee getötet, während sie darüber berichtete, dass die Angriffe bewusst gegen Zivilisten gerichtet waren)

Hamad bin Isa Al Chalifa

Geb. 28. Januar 1950

Bahrain, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 168 von 180

König seit 6. März 1999

Feind der Pressefreiheit seit 2011

METHODE: intolerante Monarchie

Seit den Protesten des arabischen Frühlings 2011 hat die Regierung ihre Politik gegenüber Journalistinnen und Journalisten sehr verschärft. Reporter und Fotografinnen werden ständig schikaniert, eine unabhängige Presse gibt es nicht mehr und alle kritischen Journalisten vegetieren im Gefängnis vor sich hin. Sie werden häufig der Teilnahme an Demonstrationen, Vandalismus oder Unterstützung des Terrorismus angeklagt und verbüßen zum Teil lebenslange Freiheitsstrafen. Auch Journalistinnen und Journalisten im Exil können in Abwesenheit verurteilt werden, zudem kann ihnen die Staatsbürgerschaft aberkannt werden.

BEVORZUGTE ZIELE: Fotojournalisten und Bloggerinnen

Mindestens elf Medienschaffende werden derzeit von den Behörden festgehalten. In den Wochen nach den Protesten gegen die Regierung 2011 wurden Dutzende Journalisten verhaftet und gefoltert. Journalistinnen und Blogger berichten auch über sexuelle Gewalt und ständige körperliche Misshandlungen. Der Blogger **Nabil Rajab**, der die Beteiligung seines Landes am Krieg im Jemen und die Folter in Gefängnissen anprangerte, verbrachte mehrere Jahre in Haft und wurde schließlich nur unter der Bedingung freigelassen, dass er schweigt. Ein weiterer prominenter Journalist ist **Mahmoud Al-Jaziri**, Herausgeber der einzigen unabhängigen Zeitung des Landes (*Al-Wasat*, inzwischen geschlossen), der immer noch in Einzelhaft sitzt.

OFFIZIELLE LINIE: schamlose Lügen

„Seit Beginn unseres Entwicklungsprozesses haben wir unsere Besorgnis und unser Interesse bekräftigt, verfassungsgemäße und gesetzliche Garantien zum Schutz der Rechte von Journalisten und Medienschaffenden auf eine sichere und unabhängige Meinungsäußerung zu schaffen, und ebenso für ihre Freiheit zu sorgen, Informationen und Ideen ohne Einschränkungen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“ (Erklärung des Königs anlässlich des Welttages der Pressefreiheit am 3. Mai 2021)

„Wir unterstützen voll und ganz die Rechte von Journalisten, Schriftstellern und Medienmitarbeitern und -organisationen, die ihre edle Aufgabe ohne jegliche Bedrohung oder Missbrauch erfüllen. Wir dulden nicht und werden auch in Zukunft nicht dulden, dass ein Journalist, der von seinem gesetzlichen und verfassungsgemäßen Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch macht, beleidigt, festgenommen oder inhaftiert wird.“ (Erklärung des Königs anlässlich des Welttages der Pressefreiheit am 3. Mai 2012)

Abdel Fattah al-Sisi
Geb. 19. November 1954

Ägypten, Rangliste der Pressefreiheit 2021: **Platz 166 von 180**

Präsident von Ägypten seit 8. Juni 2014

Feind der Pressefreiheit seit dem Staatsstreich durch das Militär im Juli 2013

METHODE: massive Razzien

Journalistinnen und Journalisten werden in großem Umfang von den Sicherheitskräften eingesperrt, manchmal im Rahmen einer Verhaftungswelle, manchmal bei Straßenprotesten und manchmal während politischer Spannungen. Ihre Inhaftierung erfolgt teils unvorhergesehen und oftmals rein vorsorglich, bis ein Verfahren gegen sie eröffnet wird. Die Untersuchungshaft kann endlos verlängert werden. Die Vorwürfe sind häufig dieselben: „*Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung*“, „*Verbreitung von Falschnachrichten*“, gelegentlich „*Missbrauch von sozialen Netzwerken*“. Berichterstattung über eine Demonstration, Artikel über heikle Themen, Weitergabe kritischer Publikationen oder Zusammenarbeit mit verbotenen Medien – es gibt viele Gründe für die Verhaftung von Medienschaffenden. Laut Antiterrorgesetz von August 2015 sind sie verpflichtet, bei der Berichterstattung über Anschläge gegen die „*nationale Sicherheit*“ der offiziellen Lesart zu folgen. Das Gesetz zur Cyberkriminalität von 2017 stellt kritische Online-Beiträge unter Strafe und institutionalisiert die Zensur im Internet.

BEVORZUGTE ZIELE: alle Medien, bei denen der Verdacht auf eine Verbindung zur Muslimbruderschaft besteht

Die Regierung macht den für unabhängige Medien arbeitenden Journalistinnen und Journalisten das Leben schwer. Ohnehin kann man sie an einer Hand abzählen. Bloggerinnen und Blogger, die Bilder von Demonstrationen verbreiten oder für ausländische Medien tätig sind, stehen ganz besonders im Visier der Behörden. Unabhängig von ihrer redaktionellen Ausrichtung oder ihrer ideologischen oder religiösen Einstellung werden sie automatisch der „*Mitgliedschaft in einer verbotenen Gruppe*“ beschuldigt. Hinter diesem Begriff versteckt sich die Muslimbruderschaft, die als terroristische Vereinigung gilt. Derzeit befinden sich rund 30 Medienschaffende aus diesem Grund im Gefängnis.

OFFIZIELLE LINIE: Sicherheit geht vor

„*Wir unternehmen viel, damit jeder vor Gericht sein Recht bekommt. Es gibt bei uns keine politischen Gefangenen [...] Wir hatten zuvor ein komplettes Chaos und bauen das jetzt um in einen stabilen Staat.*“ (Interview mit Abdel Fattah al-Sisi für *Die Welt*, April 2021)

„*Ich will nicht übertreiben, aber in Ägypten haben wir eine nie gekannte Meinungsfreiheit. Niemand in Ägypten kann jemanden, der für die Medien arbeitet, oder einen Journalisten daran hindern, seine Meinung kundzutun.*“ (Interview mit Abdel Fattah al-Sisi auf CNN, September 2015)

Ali Chamenei
Geb. 19. April 1939

Iran, Rangliste der Pressefreiheit 2021: **Platz 174 von 180**

Führer der islamischen Revolution seit 4. Juni 1989. Präsident der islamischen Republik von 1981 bis 1989, Mitglied des Revolutionsrates von 1978 bis 1981

Feind der Pressefreiheit seit 1981

METHODE: Orwellsche Theokratie

Der Oberste Führer und Begründer eines Scharia-basierten Strafvollzugssystems beschuldigt regelmäßig die unabhängige Presse, von ausländischen Mächten manipuliert zu werden. Als Oberhaupt der wichtigsten politischen, militärischen und gerichtlichen Institutionen des Landes ordnet Ali Chamenei die Verhaftung und Verurteilung von Medienschaffenden zu hohen Gefängnisstrafen an und verhängte sogar die Todesstrafe. Die Revolutionsgarden sind direkt in die Überwachung und Schikanie von Journalistinnen und Journalisten eingebunden; diese werden regelmäßig zu Vernehmungen vorgeladen und unter katastrophalen Bedingungen festgehalten. Seit Einführung des Internets wachen der Führer und seine Gehilfen auch über die Reinheit der Informationen in den sozialen Netzwerken, indem sie ein „Halal-Internet“ vorschreiben. Seit 1981 wurden nicht nur rund 350 Pressetitel eingestellt, sondern auch millionenfach Seiten mit freien, unabhängigen Informationen zensiert.

BEVORZUGTE ZIELE: alle unabhängigen und kritischen Medien

Seit 1979 wurden mindestens 1000 Journalistinnen und Bürgerjournalisten vom iranischen Regime verhaftet, inhaftiert, ermordet, sind verschwunden oder wurden hingerichtet. Bis heute ist der Iran das Land, das in den letzten 50 Jahren offiziell die meisten Medienschaffenden hingerichtet hat. Der letzte war **Ruhollah Sam**, der Leiter des Telegram-Kanals und der Nachrichten-Website *AmadNews*, der am 12. Dezember 2020 hingerichtet wurde.

OFFIZIELLE LINIE: nationaler religiöser Relativismus

„In diesen Tagen wiederholen manche Leute immer wieder den Ausdruck ‚neu erworbene Pressefreiheit‘. Aus meiner Sicht hat er keinerlei Bezug zur Realität. Der Begriff stammt von feindlichen ausländischen Radiosendern.“ (Rede vor Studenten der Tarbiat-Modarres-Universität, 3. September 1998)

„Vor allem unsere Feinde profitieren vom Cyberspace. Leider werden im Cyberspace unseres Landes die notwendigen Kontrollen nicht durchgeführt, obwohl ich betont habe, wie wichtig sie sind, und in gewisser Weise ist es wirklich ‚locker‘. Die Verantwortlichen müssen gut aufpassen.“ *„Der Cyberspace muss gelenkt werden. Die Leute sollten aus dieser Möglichkeit Nutzen ziehen. (...) Aber man darf dem Feind nicht die Mittel zur Verschwörung gegen unser Land und unsere Nation in die Hand geben. Unsere Feinde nutzen diesen Raum.“* (in den sozialen Medien gepostete Nachricht, 24. März 2021)

Mohammed bin Salman

Geb. 31. August 1985

Saudi-Arabien, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 170 von 180

Kronprinz seit 21. Juni 2017

Feind der Pressefreiheit seit 2017

METHODE: grenzenlose Barbarei

Seitdem sein alternder Vater ihn zu seinem Nachfolger ernannt hat, konzentriert sich alle Macht in den Händen von Prinz Mohammed bin Salman (MBS). Er ist de facto Oberhaupt einer Monarchie, die keinerlei unabhängige Medien duldet. Das Königreich ist eines der größten Gefängnisse der Welt für Journalistinnen und Journalisten, und die Gerichtsverfahren sind vollkommen undurchsichtig. Zahlreiche Medienschaffende haben keinerlei Möglichkeit zu erfahren, was ihnen vorgeworfen wird. Für diejenigen, bei denen die Gründe bekannt sind, reichen die offiziellen Anklagen von „*Schädigung des Ansehens des Königreichs*“ über „*Beleidigung der Monarchie*“ bis hin zu „*Zusammenarbeit mit ausländischen Organisationen*“. Jedes Mittel ist für die Jagd auf Journalistinnen und Journalisten recht: Bespitzelung, Drohungen, Entführung, Folter, sexueller Missbrauch, Einzelhaft, medizinische Vernachlässigung und Unterbindung des Kontakts zu Angehörigen. Der grausame Mord an dem Kolumnisten der *Washington Post*, **Jamal Khashoggi**, der im saudischen Konsulat in Istanbul zerstückelt wurde, versetzte jeder Andeutung von Kritik einen tödlichen Schlag und zeigte die ganze Brutalität des harten Vorgehens gegen unabhängige Journalisten, sogar über die Grenzen des Königreichs hinaus.

BEVORZUGTE ZIELE: Reformjournalistinnen und -journalisten

Einige der 30 in Saudi-Arabien inhaftierten Medienschaffende haben eine große Fangemeinde in den sozialen Netzwerken, insbesondere auf Twitter. Sie sind daher potenziell sehr einflussreich. Andere sind Moderatoren, die sich der indirekten Förderung von Reformen schuldig gemacht haben, indem sie in ihren Sendungen heikle Themen ansprachen und zu einer offenen Debatte aufriefen. Frauenrechtsbloggerinnen, die männliche Bevormundung anprangerten oder sich mit ihren zuvor inhaftierten Kolleginnen solidarisierten, wurden ebenfalls hinter Gitter gebracht. Nicht zuletzt verkörpert der Fall des Bloggers **Raif Badawi**, der seit dem 17. Juni 2009 wegen „*Beleidigung des Islams*“ inhaftiert ist, beispielhaft das Ausmaß des nach wie vor im Lande verbreiteten Konservatismus.

OFFIZIELLE LINIE: verantwortlich, aber nicht schuldig

„*Wenn ein Verbrechen gegen einen saudischen Bürger von Beamten begangen wird, die für die saudische Regierung arbeiten, so muss ich als Machthaber die Verantwortung übernehmen. Es war ein Fehler und ich muss alles dafür tun, damit so etwas in Zukunft nicht noch einmal geschieht.*“ (MBS auf die Frage von CBS nach dem Mord an Jamal Khashoggi, 30. September 2019)

LATEINAMERIKA

Jair Bolsonaro
Geb. 21. März 1955

Brasilien, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 107 von 180

Präsident von Brasilien seit 2019

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODE: Beleidigungen, Demütigungen und vulgäre Drohungen

Der selbsternannte „Antisystem-Kandidat“ Jair Bolsonaro verdankt seinen Zulauf den sozialen Medien, wo seine Reden und Ideen – vorbei an den traditionellen Medien – ein breites Echo gefunden haben. Seit seiner Machtübernahme 2018 gestaltet sich die Arbeit der brasilianischen Presse extrem komplex. Bolsonaro hat es zu seinem Markenzeichen gemacht, unliebsame Journalistinnen und Journalisten zu beleidigen, zu verunglimpfen, zu stigmatisieren und zu demütigen. Für ihn ist Presse „überflüssig“ und verbreitet „rund um die Uhr Gerüchte und Lügen“. Seine martialische und vulgäre Rhetorik wird durch sein enges Umfeld und eine gut organisierte Basis noch verstärkt. Seit 2018 haben der Präsident, seine Familie und sein Hasskabinett ein hocheffizientes System der Diffamierung entwickelt. In den sozialen Medien verbreiten und verstärken ganze Armeen von Unterstützerinnen, Unterstützern und Bots diese Angriffe, um die Glaubwürdigkeit der Presse zu untergraben und sie als Staatsfeind darzustellen.

BEVORZUGTE ZIELE: Journalistinnen, Politikjournalisten und der Medienkonzern Globo

Eines der beliebtesten Angriffsziele der Bolsonaro-Familie ist der von ihnen als „Bestattungsfernsehen“ verschriene *TV Globo*, der die Dreistigkeit besaß, die brasilianische Bevölkerung über die Ausbreitung der Covid-19-Pandemie und die Zahl der virusbedingten Todesfälle zu informieren. RSF verzeichnete 2020 mehr als 180 Angriffe gegen die *Globo*-Gruppe, der vorgeworfen wird, das Land „verraten“ und „zerstören“ zu wollen. 2022 droht dem Sender der Entzug der Sendefrequenz. Vor Ort werden Medienschaffende, insbesondere bei den häufig vor dem Alvorada-Palast in Brasilia stattfindenden Pressekonferenzen des Präsidenten, von den Anhängerinnen und Anhängern der Bolsonaro-Familie angepöbelt, gedemütigt und manchmal gewalttätig angegriffen. Auch sexistische und frauenfeindliche Angriffe gegen Journalistinnen sind an der Tagesordnung. Wie **Patricia Campos Mello** sind viele Journalistinnen Opfer sexueller Angriffe geworden und müssen unter unerträglichen Bedingungen arbeiten; zugleich sind sie jederzeit der digitalen Lynchjustiz der Fans des Präsidenten ausgesetzt.

OFFIZIELLE LINIE: vulgäre Verbalattacken

Einige Medien sind „schlimmer als Müll, denn Müll ist recycelbar“. „Brasilien ist pleite. Da kann ich nichts machen. (...) Ich wollte die Bemessungsgrundlage zur Steuersenkung ändern, aber dann kam dieses Virus, das durch die charakterlose Presse, die wir hier haben, geschürt wurde.“ (6. Januar 2021)

„Die Presse ist für die Panik im Land und den Verlust von Menschenleben während der Pandemie verantwortlich, das ist eine nationale Schande.“ (7. Januar 2021 bei einem Live-Auftritt, der über das Facebook-Konto des Präsidenten übertragen wurde)

Journalisten können „mich mal kreuzweise ... bei ihren Hurenmüttern“, sie sollen sich „Kondensmilch in den A... schieben.“ (27. Januar 2021)

„Elendes Lumpengesindel, Ihr seid keine Patrioten. (...) Euer Journalismus ist faul, korrupt und skrupellos! Ihr seid zu nichts zu gebrauchen! Ihr seid zu nichts zu gebrauchen! Ihr veröffentlicht nur Lügen!“ (Auszug aus einem am 29. Oktober 2019 ausgestrahlten 24-minütigen Video Bolsonaros an die Adresse der *Globo*-Gruppe)

Miguel Díaz-Canel
Geb. 20. April 1960

Kuba, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 171 von 180

Staatspräsident der Republik Kuba seit dem 10. Oktober 2019

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODE: Totalitarismus sowjetischer Prägung

Miguel Díaz Canel war ein Protegé von Raúl Castro, den er 2019 als Staatspräsident des Landes und sodann 2021 als Erster Parteisekretär der Kommunistischen Partei Kubas ablöste. Als erstes kubanisches Staatsoberhaupt seit 1959, das nicht zur Castro-Familie gehört, führt er die Tradition der Castro-Familie weiter und übt mit seiner Regierung eine fast totale Nachrichtenkontrolle aus. Fernsehen, Radio und Presse werden eng vom Staat überwacht; private Presse ist laut Verfassung verboten. Willkürliche Verhaftungen und Freiheitsstrafen, Androhung von Gefängnis, Verfolgung und Psychoterror, gesetzeswidrige Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen und Vernichtung journalistischer Unterlagen gehören zum Alltag aller Medienschaffenden, die nicht der offiziellen Linie folgen.

BEVORZUGTE ZIELE: unabhängige und oppositionelle Presse, alle Stimmen Andersdenkender

Bloggerinnen und Journalisten werden unter Polizeiaufsicht gestellt. Es wird versucht, ihre Bewegungsfreiheit einzuschränken, sie werden verhaftet und Informationen in ihrem Besitz gelöscht. Im Internet, das größtenteils unter staatlicher Kontrolle steht, finden Blogger und Journalistinnen zwar Freiräume, jedoch nur auf eigene Gefahr. Angesichts der Verbissenheit der Behörden werden sie häufig eingesperrt oder sehen sich gezwungen, ins Ausland zu gehen. Die Behörden kontrollieren auch die Berichterstattung ausländischer Journalistinnen und Journalisten, indem sie Akkreditierungen selektiv vergeben und Reporterinnen und Reporter ausweisen, die als „zu negativ“ gegenüber dem Regime gelten.

OFFIZIELLE LINIE: autoritärer Kommunismus

„Unser Journalismus ist ehrlich, frei und unabhängig, genau wie die Erde, die wir verteidigen.
#WirSindKuba #WirStehenFürBeständigkeit“ (Nachricht des Präsidenten auf Twitter, mit der er indirekt auf die Veröffentlichung der Weltrangliste der Pressefreiheit 2020 durch RSF am 25. April 2020 reagierte. Dort stand Kuba auf Platz 171 von 180 Ländern.)

Nicolás Maduro

Geb. 23. November 1962

Venezuela, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 148 von 180

Staatspräsident von Venezuela seit 2013

Feind der Pressefreiheit seit Amtsantritt

METHODE: geschickt inszenierte Zensur und wirtschaftliches Ausbluten

Seit 2017 ufern die autoritären Maßnahmen der Maduro-Regierung gegen die unabhängige Presse immer weiter aus. Willkürliche Verhaftungen und Gewalt gegen Journalisten durch die venezolanische Polizei und Geheimdienste nehmen zu. Die Nationale Telekommunikationskommission (Conatel) entzieht kritischen Radio- und Fernsehsendern ihre Sendefrequenzen und koordiniert das Abschalten des Internets, die Sperrung sozialer Netzwerke und die Beschlagnahme von Geräten. Die meisten oppositionellen Printmedien haben diesem Druck nicht standgehalten. Die Online-Medien haben mit wiederholten Cyberangriffen zu kämpfen, was ihre Berichterstattung extrem schwierig und kostspielig macht. Ausländische Journalistinnen und Journalisten werden regelmäßig verhaftet, verhört und des Landes verwiesen. Seit 2018 werden auch viele venezolanische Journalistinnen und Journalisten durch Bedrohung und Gefahr für Leib und Leben gezwungen, das Land zu verlassen.

BEVORZUGTE ZIELE: private Presse, die Tageszeitung *El Nacional*

Seit Nicolás Maduro an der Macht ist, haben über 100 Medien geschlossen, darunter die symbolträchtige Tageszeitung *El Nacional*. Sie wurde 1943 gegründet und stellte ihr Erscheinen im Dezember 2018 ein. Online ist sie immer noch aktiv und bleibt ein Hauptziel der Regierung. Am 14. Mai 2021 besetzte die Nationalgarde die Redaktion von *El Nacional*, um eine gerichtlich angeordnete Entschädigungszahlung in Höhe von umgerechnet ca. 11 Millionen Euro an den Abgeordneten Diosdado Cabello durchzusetzen. Cabello, Vizepräsident der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas und eine der Hauptfiguren der chavistischen Regierung, hatte eine Verleumdungsklage angestrengt, die *El Nacional* ihre Redaktionsräume und ihr gesamtes Vermögen in Venezuela kosten könnte. 2021 beschuldigte die Regierung mehrere NGOs und unabhängige Medien wie die Webseiten *Efecto Cocuyo*, *Caraota Digital*, *El Pitazo* sowie den Radiosender *Fe y Alegría*, „journalistische Söldner“ zu sein, die vom Ausland finanziert würden, um die Regierung zu stürzen.

OFFIZIELLE LINIE: paranoide Hetzkampagne

„Ein Großteil der medialen Kriegsführung, mit der Venezuela zu kämpfen hat, zielt darauf ab, dass niemand mehr nach Venezuela kommen soll, dass niemand mehr in Venezuela investieren soll, obwohl Venezuela das beste Land der Welt für Investitionen ist.“ (Öffentliche Rede anlässlich der Einführung der „Marca País“, einer Initiative zur Förderung des Tourismus und des Exports, die „die Wahrheit des Landes“ zeigen soll, 11. Februar 2019)

„Ich prangere die internationale Kampagne an, die von CNN auf Spanisch geführt wird, dieses Labor der Lügen, der psychologischen Kriegsführung, das unser Land, Venezuela, mit Dreck bewirft. Eine Kampagne, die auch von NTN24 organisiert wird, einem Fernsehsender, der auf den Müll gehört, der vom Paramilitär Álvaro Uribe und vom Miami Herald finanziert wird, dem medialen Reservoir aller Lügen über Venezuela. (...) [Diese Medien sind] voller Hass, Wut und Wahnsinn. [Diese Medien] versuchen, Venezuela zu vergiften und ihr Gift über unser Land und die ganze Welt zu verteilen.“ (Rede bei der Einweihung von 80 Wohnungen in Caricuao, Caracas, 18. September 2014)

Daniel Ortega
Geb. 11. November 1945

Nicaragua, Rangliste der Pressefreiheit 2021: Platz 121 von 180

Präsident von Nicaragua seit 2007 (und von 1979 bis 1990)

Feind der Pressefreiheit seit seiner Wiederwahl im November 2016 für die dritte Amtszeit in Folge

METHODE: wirtschaftliches Ausbluten und Zensur durch Klagen

Seit Ende 2016 lebt die unabhängige Presse in einem Alptraum. Sie ist ständigen Repressalien durch die Regierung Ortegas und der Anhängerschaft seiner Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) ausgesetzt, die mit allen Mitteln versuchen, kritische Stimmen durch Drohungen, Verfolgung, Mobbing- und Verleumdungskampagnen, willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen zum Schweigen zu bringen. Dazu kommt das sogenannte „Gesetz zur Regulierung ausländischer Agenten“, mit dem Medien und Organisationen überwacht werden, die Gelder aus dem Ausland erhalten. Ortega schreckt vor nichts zurück, um die Berichterstattung zu kontrollieren, und hat ein perfides System entwickelt, um unabhängige Medien wirtschaftlich ausbluten zu lassen: Sie werden bei der Zuweisung staatlicher Werbeaufträge sowie der Vergabe von Radio- und Fernsehfrequenzen benachteiligt und bei der Einfuhr von Material und Ausrüstung für die journalistische Arbeit eingeschränkt. Außerdem wird Druck auf private Werbekunden ausgeübt, damit sie nicht in unabhängigen Medien inserieren. Im September 2018 ging die Regierung sogar so weit, die Belieferung mit Tinte, Papier und Kautschuk zu untersagen, was das Ende der meisten gedruckten Zeitungen des Landes bedeutete. Schließlich verstärkte Ortega im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im November 2021 die Zensur, indem er willkürliche Klagen gegen seine politischen Gegner und gegen Medienunternehmen anstrebte.

BEVORZUGTE ZIELE: die Familie Chamorro und private Medien

Abgesehen hat es der Präsident vor allem auf den prominenten Journalisten Carlos Chamorro, Gründer des Nachrichtenportals *Confidencial*, und seine Schwester Cristiana, Mitbegründerin der Violeta-Chamorro-Stiftung für Pressefreiheit. Als Regierungskritiker musste Carlos Chamorro 2019 aufgrund von Drohungen und Angriffen der Regierung vorübergehend in Costa Rica Schutz suchen und musste vor kurzem erneut das Land verlassen. Seine Schwester, ebenfalls Journalistin, will bei den Präsidentschaftswahlen 2021 als Kandidatin antreten. Seit dem 3. Juni steht sie wegen Geldwäsche-Vorwürfen unter Hausarrest. Rund 20 der Stiftung nahestehende Medienschaffende wurden ebenfalls verhört und von der Staatsanwaltschaft unter Druck gesetzt, um Cristiana Chamorro zu belasten und ihre Kandidatur zu verhindern.

OFFIZIELLE LINIE: paranoid und überzogen

„Der Fake-News-Terrorismus, der von den USA gesteuert und von den Medien vieler Länder wie Costa Rica eins zu eins übernommen wird, ist brutal, verbrecherisch und ausländergefeindlich.“ (im Mai 2020 in einer Rede an costa-ricanische (*La Nación*, *Telenoticias* y *Noticias Reprete*) und US-amerikanische Medien (*CNN*), die die Fallzahlen und die offizielle Haltung der Regierung in der Coronakrise in Frage stellten)

„Journalisten sind die Söhne Goebbels.“ (zum 28. Jahrestag der nicaraguanischen Armee, [1. September 2007](#))